Rede des Genossen Gernot Schubert vor Gericht

1 H 3752 CX

Seite 9 und 10

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 20 vom 15. Mai 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Der Staat - ein Instrument der Kapitalisten

Polizeiterror gegen streikende Druckereiarbeiter

Massiver Polizeieinsatz in München, in Neumünster, in Heilbronn, in Westberlin und in anderen Städten gegen die streikenden Druckereiarbeiter. Empörung in der Bevölkerung über den Terror, mit der den Streikbrechern der Weg gebahnt und die Auslieferung von Zeitungen gewaltsam gegen den mutigen und gerechten Widerstand der Arbeiter erzwungen wurde. Furcht bei den Kapitalisten und ihren Handlangern, daß die revolutionären Aktionen, mit denen Arbeiter der Druckbetriebe ihre Streikfront verteidigten, zum Signal des Kampfes gegen den Lohnraub für die gesamte Arbeiterschaft Westdeutschlands und Westberlins wird.

Die Gewerkschaftsbonzen waren zunehmend weniger in der Lage, ihre Kontrolle über die machtvolle Tarifbewegung der Druckereiarbeiter aufrechtzuerhalten. Sie schafften es nicht mehr, die Bewegung soweit zu bremsen, daß ein Abschluß auf der Linie des 5,4%-Lohnraubs eingefädelt werden konnte. Auch die Aussperrung, mit der die Kapitalisten die Streikfront zerbrechen wollten, erwies sich eher als Bumerang: Anstatt die Arbeiter zu entmutigen, löste sie unter den werktätigen Massen und den betroffenen Arbeitern Empörung und den Willen aus, jetzt erst recht den Kampf und die Solidarität für die gemeinsamen Interessen zu verstärken. Die Führer der IG Druck & Papier waren gezwungen, für den Vollstreik grünes Licht zu geben, nachdem die Aussetzung des Streiks massiven Widerstand und eine Welle von Protesten seitens der Arbeiter hervorgerufen hatte und in einigen Betrieben die Arbeiter sogar auf eigene Faust weiterstreikten. Die Bonzen mußten fürchten, daß sie jegliche Kontrolle über den Kampf verlieren, daß die Arbeiter ohne und gegen sie Kampfmaßnahmen organisieren würden. Daß es zum Vollstreik doch noch kam, und die Manöver der Gewerkschaftsführung zur Zersetzung der Streikfront zum Scheitern gebracht wurden, ist als großer Sieg der Arbeiter zu werten. Trotz der Sabotage der Bonzen und Arbeiterverräter, die natürlich nicht aufhörten, hinterrücks gegen die konsequente Weiterführung des Streiks zu arbeiten, wuchs die Kampfentschlossenheit der Druckereiarbeiter. Die Solidarität unter der Bevölkerung wurde noch stärker.

Jetzt, wo die Kapitalisten sich nicht mehr darauf verlassen konnten, daß ihre im Gewand des „Arbeitervertreters" auftretenden Lakaien und Agenten der Bewegung Herr bleiben würden, zeigte dieser „freiheitlich-demokratische Rechtsstaat" ganz offen sein wahres Gesicht. Was uns immer demagogisch als das „gemeinsame Interesse aller Gruppen der Gesellschaft", also sowohl der Ausgebeuteten als auch der Ausbeuter vorgehalten wurde,

Fortsetzung Seite 4, Sp. 3



Westberlin: Polizei als Streikbrecher.

Prozeß gegen den ROTEN MORGEN

Zuschauer mussten Ausweise abgeben

In der letzten Woche begann in Dortmund der bisher größte Prozeß gegen den ROTEN MORGEN, der zugleich der umfangreichste Angriff auf die kommunistische Presse seit dem Verbot der KPD ist. 35 Artikel des ROTEN MORGEN aus 21 Ausgaben waren angeklagt.

Während des Prozesses sah sich die Staatsanwaltschaft allerdings gezwungen, die Verfahren gegen einen Teil dieser Artikel vorübergehend einzustellen. Denn auf Grund einer erneuten Anzeige von Rotraud Routhier gegen die Duisburger Polizeibeamten, die an dem Polizeieinsatz beteiligt waren, an dessen Folgen ihr Mann starb, sah sich die Duisburger Staatsanwaltschaft gezwungen, erneut Ermittlungen aufzunehmen. Das ist ein eindeutiger Erfolg des bald zwei Jahre langen hartnäckigen Kampfes der Partei und anderer revolutionärer und fortschrittlicher Menschen. Gleichzeitig wurde auch das Verfahren gegen einen Artikel, der den politischen Mord an Holger Meins angriff, vorläufig eingestellt, da hier ebenfalls die Ermittlungen noch laufen.

Um so offensichtlicher trat jedoch nun, da ein Teil der Anklagen gegen konkrete Feststellungen des ROTEN MORGEN fallengelassen worden war, der Kern der Anklage, der Angriff auf den Marxismus-Leninismus, hervor. Zu diesem Teil der Anklage, der sich auf die Verbreitung der Grundbegriffe des Marxismus-Leninismus bezieht, nahm Genosse Gernot Schubert in einer zusammenfassenden Erklärung Stellung, die wir auf S. 7/8 dieser Ausgabe abdrucken.

Eine besondere Provokation der bürgerlichen Klassenjustiz war eine Anweisung des vorsitzenden Richters Dr. von Krahn, daß jeder Zuschauer nur mit einer Eintrittskarte, die er gegen Abgabe des Personalausweises erhielt, den Zuschauerraum betreten durfte. Das ist ein eindeutiger Versuch, die Öffentlichkeit aus diesem Prozeß auszuschalten! Das ist aber auch ein unfreiwilliges Eingeständnis, daß die bürgerliche Klassenjustiz das Licht der Öffentlichkeit bei diesem Prozeß gegen den ROTEN MORGEN scheut.

Pleite bei Anker-Werken Bielefeld

Entlassung von 2300 Kollegen steht bevor

Am 27. April haben die „Anker Werke" in Bielefeld Konkurs angemeldet. Die Anker-Pleite betrifft 2 300 Kollegen und ihre Familien. Die überwiegende Mehrheit von ihnen soll auf die Straße gesetzt werden, der Rest noch bis zur endgültigen Abwicklung des Konkursverfahrens weiterbeschäftigt werden.

Die Anker-Pleite ist nicht etwa, wie in diesen Tagen die Bielefelder Vertreter des IG Metallapparates, die Bundestagsabgeordneten der bürgerlichen Parteien und auch die modernen Revisionisten der D„K"P den Kollegen einzureden versuchen, das Ergebnis der „Fehlkalkulationen" eines „unfähigen" bzw. „unverantwortlichen" Kapitalisten. Die „Anker-Werke" wurden geschlossen, weil sie für das Finanzkapital bei der Jagd nach dem Höchstprofit, dem obersten Gesetz, das die kapitalistische Produktion regiert, nicht mehr genügend abgeworfen haben.

Die Pleite kam nicht überraschend. Es war schon seit langem bekannt, daß die Ankerkapitalisten in Schwierigkeiten stecken. Infolge der Konkurrenz durch technisch hochentwickelte elektronische Geräte, war die Produktion von mechanischen Registrierkassen immer unrentabler geworden. Die Ankerkapitalisten, d.h. die Familien Kramer und zur Nieden, haben mit allen Mitteln versucht, die Krise auf den Rücken der Kollegen abzuwälzen. Sie schränkten die Produktion ein und warfen in den letzten beiden Jahren fast 2 000 Kollegen auf die Straße.

Sie rationalisierten den Betrieb durch und verschärften die Arbeitshetze. Außerdem verlagerten sie einen Teil ihrer mechanischen Produktion u. a. in die Tschechoslowakei, weil sie die Arbeiter dort noch mehr ausbeuten können als hier.

Seit dieser Zeit sind die „Anker-Werke" praktisch im Besitz einiger Großbanken, unter denen die Dresdener Bank und die Bank des Gewerkschaftsapparates, die Bank für Gemeinwirtschaft, federführend sind. Im Interesse dieser Großbanken gab das Land Nordrhein-Westfalen, als sich die Pleite abzeichnete, den „Anker-Werken" eine Landesbürgschaft von 50 Millionen DM. Nicht etwa, wie die modernen Revisionisten der D„K"P heute in einem ihrer Flugblätter behaupten, „zur Stärkung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen", sondern mit der ausdrücklichen Bedingung, „umzustrukturieren".

Fortsetzung auf S. 5, Sp. 1

Zum Tode Ulrike Meinhofs

Tod nach jahrelanger Isolationsfolter

Artikel zum Tod Ulrike Meinhofs Seite 2

Zum Tode Ulrike Meinhofs

Tod nach jahrelanger Isolationsfolter

In der Nacht zum 9. Mai starb Ulrike Meinhof in ihrer Zelle im Gefängnis Stuttgart-Stammheim. „Selbstmord"?, wie es bei der Staatsanwaltschaft heißt? Ihr Tod ist die Folge der unmenschlichen und brutalen Isolationsfolter im Gefängnis, all der Unterdrückungsmaßnahmen, mit denen Ulrike Meinhof seit Jahren terrorisiert wurde. Seit die Bourgeoisie sie 1972 in Untersuchungshaft steckte, war sie dem Terror der Klassenjustiz und des Staatsapparates ausgesetzt, der darauf abzielt, sie, wie auch die anderen politischen Gefangenen der RAF langsam aber stetig zu vernichten.

Folter durch Isolation? Jawohl, sie hat gelernt, die Bourgeoisie. So offen brutal wie damals, mit Prügeln, Gas und Genickschuß macht man das heute noch nicht. Wozu hat man denn die medizinische Wissenschaft? Der Erfolg – auch wenn er etwas länger dauert – bleibt der gleiche. Man muß sich das einmal vorstellen: Die Zelle: kahl, schneeweiß getüncht. Kein Laut dringt von aussen herein. Eine Neonröhre verbreitet Tag und Nacht das gleiche kalte weiße Licht. Außer dem Wärter sieht man keinen Menschen. Kein Kontakt zur Außenwelt, monate-, jahrelang. Zur Abwechslung kommt man in eine besondere Zelle, wo ein gleichbleibender Summ- oder Heulton hereingeschickt wird. Wie lange kann man das aushalten? Längst ist von eigens dazu bezahlten Forschern herausgefunden: Eine solche Behandlung führt schon nach wenigen Tagen zu schweren gesundheitlichen Schäden. Wer auf die Dauer in Isolation bleibt, ist zum Tode verurteilt. Im faschistischen Brasilien sind bereits Hunderte politische Gefangene durch diese Isolationsfolter, durch die völlige Isolierung von der Umwelt, ermordet worden.

Dazu all die Schikanen, die Verweigerung ärztlicher Hilfe, Mißhandlungen durch Wärter und Aufsichtsbeamte, Fesselung usw. Darin sind die Ursachen für den Tod Ulrikes zu sehen. Katharina Hammerschmidt wurde zuvor bereits während der Isolationshaft durch Verweigerung ärztlicher Hilfe zum Tode verurteilt. Sie starb kurz nach ihrer Entlassung wegen „Haftunfähigkeit". Astrid Proll, die fast sechs Monate im toten Trakt zubringen mußte, wurde mit lebensbedrohender Kreislauferkrankung entlassen. Und nun Ulrike Meinhof. Monatelang war sie bereits in Köln-Ossendorf im toten Trakt eingekerkert. Es folgte die Isolationshaft in Stuttgart Stammheim, unterbrochen lediglich durch die Prozeßtage, bei denen die Bourgeoisie den gesundheitlichen Zustand der RAF Gefangenen bewußt ausnutzte. 1974 erklärten Ärzte und Psychologen aus Westdeutschland und Holland gegen die Isolationsfolter an Ulrike Meinhof und anderen politischen Gefangenen: „Die Absicht der Justiz ist an diesen Maßnahmen unmittelbar abzulesen: Vernichtung der politischen Gefangenen!" „Wir können die Vernichtung von Leben durch die Justiz und ihre Ärzte, die in der Tradition der Nationalsozialisten steht, nicht länger hinnehmen. Die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen, d.h. die wissenschaftlich perfektionierte Folter durch Isolation, die systematisch krank macht, Leben vernichtet, steht in unüberbrückbarem Gegensatz zur Verpflichtung des Arztes, sich für die Erhaltung des Lebens einzusetzen."

Die Bourgeoisie hielt trotz aller Proteste die politischen Gefangenen weiterhin in Isolationshaft. Sie wußte genau, was das für die Gefangenen bedeutet. Dafür hat sie ja eigens wissenschaftliche Institute z.B. in Hamburg errichtet, die ihr diese Methode der Folter erarbeitet haben. Die politischen Gefangenen sollen vernichtet werden. Bereits 1973, bevor Ulrike Meinhof in Isolationshaft kam, war versucht worden, einen Anschlag auf das Leben von Ulrike zu verüben. Damals sollte eine Szintigraphie (eine Untersuchung des Gehirns, bei der die Schädeldecke geöffnet wird) an ihr durchgeführt werden, die ihren Tod hätte bedeuten können. Die Staatsanwaltschaft hatte diese Untersuchung veranlaßt, angeblich, um Ulrike auf ihren Geisteszustand zu untersuchen. Dieser Angriff konnte damals zurückgeschlagen werden durch breite Proteste. Es folgte die Isolationsfolter. Gemeinsam mit den anderen politischen Gefangenen der RAF griff Ulrike Meinhof zum Mittel des Hungerstreiks, um den Kampf gegen die Vernichtungshaft zu verschärfen. Da war es eben diese Bourgeoisie, die überall in geradezu zynischer Weise den Kampf gegen die Vernichtungshaft als „Selbstmordabsicht" darstellte. Nicht anders wird jetzt von „Selbstmord" gesprochen. Die Hände werden in Unschuld gewaschen, das Werk ist getan. Wer dennoch, wie bei Holger Meins, bei Katharina Hammerschmidt und jetzt bei Ulrike Meinhof von Mord spricht, wird selbst mit Gefängnis bestraft.



Viele Menschen, auch wenn sie mit den politischen Auffassungen Ulrike Meinhofs nicht übereinstimmten, haben oft betont, daß Ulrike sehr kämpferisch sei. Daß sie „sich das Leben genommen" habe, wie es in den Nachrichtenagenturen heißt, wird vielen Menschen deutlicher machen, wie brutal und menschenverachtend die Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie gegen die politischen Gefangenen im Rahmen der Faschisierung bereits geworden sind, wie wichtig der Kampf gegen Isolationsfolter, der Kampf unter der Parole ist: „Weg mit Isolationsfolter und Vernichtungshaft! Freiheit für alle politischen Gefangenen!"

Druckereiarbeiter verhindern Hetzartikel

Lamento über "Bedrohung der Pressefreiheit"

„Ein Angriff auf die Pressefreiheit" – so oder ähnlich tönten die Kommentatoren von Rundfunk und Fernsehen, so stand es in den Kommentarspalten der bürgerlichen Zeitungen, die Anfang letzter Woche erscheinen konnten, nachdem die Führung der IG Druck und Papier den Streik der Druckereiarbeiter ausgesetzt hatte. Was war geschehen? – In einigen Zeitungsdruckereien hatten sich Druckereiarbeiter geweigert, gegen ihren Kampf gerichtete Hetzartikel zu setzen und zu drucken. Die Zeitungen erschienen mit weißen Flecken.

So sollte es in der Hannover-Ausgabe der „Bild"-Zeitung heißen: „Mit dem Streik gegen die Zeitungsverlage wurde auch ein Stück Freiheit bestreikt: Informationsfreiheit, Meinungsfreiheit." Aufgrund des geschlossenen Widerstandes der Kollegen blieb u. a. dieser Kommentar ungedruckt. Da setzte das Lamento der Bourgeoisie über die „Bedrohung der Pressefreiheit" durch die Druckereiarbeiter ein. Nun kann man ja wirklich nicht behaupten, daß die bürgerliche Presse sich hierzulande stets so um die „Bedrohung der Freiheit" sorgt. Ganz im Gegenteil: ob Berufsverbote oder politische Entlassungen, ob Terrorurteile gegen Kommunisten oder das 14. Strafrechtsänderungsgesetz – von „Bedrohung der Freiheit" ist in diesem Zusammenhang nie die Rede. Und auch die Pressefreiheit findet keineswegs immer so engagierte Anwälte wie in diesem Fall. Vergeblich wird man in den Spalten der Kapitalistenpresse auch nur den kleinsten Hinweis darüber suchen, daß beispielsweise der gegenwärtig laufende Prozeß gegen den ROTEN MORGEN eine „Bedrohung der Pressefreiheit" darstellt.



Der Hetzartikel konnte nicht erscheinen.

Nehmen wir also die Freiheit, die die Bourgeoisie hier bedroht sieht, genauer unter die Lupe. Erst einmal geht es um die Freiheit einer Handvoll Verleger, Hetzartikel gegen die rund 150 000 Druckereiarbeiter zu veröffentlichen. Die Freiheit dieser Herren setzt voraus, daß die 150 000 Druckereiarbeiter so unfrei sind, daß sie gezwungen werden können, Artikel zu setzen und zu drucken, die gegen ihre Interessen gerichtet sind, die gerade deshalb geschrieben wurden, um den Kampf der Druckereiarbeiter zu verleumden und zu spalten. Wenn die Druckereiarbeiter sich gegen diese Unfreiheit zur Wehr setzen und sich im Kampf die Freiheit nehmen, wenigstens einige dieser Hetzartikel unveröffentlicht zu lassen, werden sie in den Augen der Bourgeoisie und ihrer Schreiberlinge zu einer „Bedrohung der Freiheit".

Freiheit bedeutet im Kapitalismus eben die Freiheit der Kapitalisten. Die Freiheit der Kapitalisten aber beinhaltet vor allem die Freiheit, Profit zu machen, also die Freiheit, die Arbeiterklasse auszubeuten und zu unterdrücken. Freiheit und Demokratie für die Kapitalisten setzen die Unfreiheit der Werktätigen und die Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse und die Werktätigen voraus.

Da macht die Pressefreiheit keine Ausnahme; denn auch die Pressefreiheit ist im Kapitalismus nur eine Freiheit der Kapitalisten. Die Arbeiterklasse hat ja in Wirklichkeit keineswegs die Freiheit, in der bürgerlichen Presse zu veröffentlichen. Arbeiter haben auch nicht die Möglichkeit, Zeitungen herauszugeben, die ihre Interessen zum Ausdruck bringen und in Auflage und Verbreitung auch nur annähernd an die bürgerlichen Zeitungen herankommen. Dazu fehlen ihnen einmal die wirtschaftlichen Mittel. Aber selbst dort, wo es gelingt, die materiellen und technischen Voraussetzungen für das Erscheinen einer Arbeiterzeitung zu schaffen, gibt es für eine gegen die Diktatur der Kapitalistenklasse gerichtete Arbeiterpresse keine Pressefreiheit. Das zeigen Hunderte von Verfahren gegen Flugblattverantwortliche und Flugblattverteiler, das zeigen die Prozesse gegen den ROTEN MORGEN.

Es scheint ein Widerspruch zu sein, wenn die Bourgeoisie auf der einen Seite Phrasen über die Pressefreiheit drischt und gleichzeitig die Polizei auf streikende Arbeiter hetzt. Genau so scheint es ein Widerspruch zu sein, wenn die Kapitalisten und ihre Regierung von der „Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" sprechen und damit die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates, den Abbau aller demokratischen Rechte der Werktätigen (einschließlich des Streikrechts und der Meinungsfreiheit), schließlich die Errichtung einer offen terroristischen, faschistischen Diktatur meinen.

Diese Widersprüche aber sind keine Frage der Tagespolitik, ihnen liegt der unversöhnliche Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat zugrunde. Die Freiheit der Kapitalisten bedeutet Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen. Die Arbeiterklasse und die Werktätigen können nur wirklich frei sein, wenn die Freiheit ihrer Ausbeuter und Unterdrücker restlos beseitigt, wenn durch die sozialistische Revolution die Diktatur des Proletariats über die Kapitalisten errichtet ist.

Grussadresse der KP Schwedens

Genossen,

der zweite Parteitag der Kommunistischen Partei Schwedens fand statt in einer Situation, die durch große Umwälzungen in der Welt und in unserem eigenen Land gekennzeichnet ist.

Der Kampf der Völker für nationale Unabhängigkeit zwingt den Imperialismus zum Rückzug. Die Länder der Dritten Welt bilden eine breite Einheitsfront im Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung. Der Klassenkampf in den imperialistischen Ländern verschärft sich unaufhaltsam immer mehr. Die beiden Supermächte, die Sowjetunion und die USA, sind das Haupthindernis für die Befreiung der Völker. Sie kämpfen intensiv miteinander um die Weltherrschaft und rüsten fieberhaft zum Krieg. Heute ist vor allem der Sozialimperialismus in der Offensive.

Die Arbeiterklasse und das ganze schwedische Volk schreiten rasch im Kampf vorwärts. Die Monopolkapitalisten und ihr Staat rüsten sich, um diese Bewegung zu zerschlagen. Die Klassenwidersprüche verschärfen sich immer mehr.

Die Kommunistische Partei Schwedens sieht es als notwendig an, alle fortschrittlichen Menschen um die Politik der Partei zusammenzuschließen, die Arbeiterklasse auf der Grundlage des Klassenkampfes zu einigen und das Volk zusammenzuschließen im Kampf gegen das Monopolkapital und die beiden Supermächte. Um diese Aufgabe durchzuführen, ist es notwendig, den Kampf gegen die bürgerlichen sozialdemokratischen Parteien zu verstärken.

Der Parteitag fand statt auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Linie der Partei. Er begann mit der Korrektur rechter Fehler, die früher begangen wurden, und die das Ergebnis waren einer liberalistischen Haltung gegenüber dem Revisionismus, die Illusionen schuf unter der werktätigen Bevölkerung über die bürgerlichen sozialdemokratischen Parteien, und die Verwirrung schuf in den Reihen der marxistisch-leninistischen Bewegung.

Die Partei wird nun ihre Anstrengungen um die Einheit der Marxisten-Leninisten verstärken, den Kampf der arbeitenden Klasse entwickeln und das Volk mobilisieren unter Führung der Arbeiterklasse im Kampf gegen das Monopolkapital und die beiden Supermächte.

Die Partei wird außerdem ihre Beziehungen zur internationalen kommunistischen Bewegung verstärken, und wir hoffen, daß unsere Beziehungen zur Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten sich weiter vertiefen werden.

Kommunistische Partei Schwedens
2. Parteitag

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,– DM für 1 Jahr, 15,–1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Bericht über die Entwicklung der DDR

Am Klassenkampf festhalten!

In den beiden letzten Ausgaben des ROTEN MORGEN haben wir bereits zwei Folgen eines Berichts abgedruckt, in dem eine Genossin ihre Erfahrungen schildert, die sie in der DDR gemacht hat, als diese noch sozialistisch war.

Immer wieder werden wir von Kollegen gefragt, wie es möglich war, daß ein sozialistischer Staat wie die DDR zu einem kapitalistischen, sozialfaschistischen Staat werden konnte. Der Bericht unserer Genossin, die Mitglied der SED, der FDJ und der Volkspolizei war, zeigt anhand konkreter Beispiele, wie sich bereits vor dem konterrevolutionären Putsch der Ulbricht-Clique falsche, bürgerliche Erscheinungen breit machten. Diese Erfahrungen aus der DDR lassen uns verstehen, warum es so wichtig ist, auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie weiterzuführen, um eine erneute Machtergreifung der Kapitalisten zu verhindern.

Der Schlußteil des Berichts folgt in der nächsten Ausgabe des ROTEN MORGEN.

Inzwischen, auf dem II. Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in Berlin am 15/16. Mai 1954, auf dem ich als Ordnerin eingesetzt war, hatte ich meinen späteren Mann, den Genossen Ernst aus Hamburg, kennengelernt, der eine Delegation westdeutscher Fischer betreute. Im Dezember heirateten wir im historischen Rathaus von Köpenick. Da es dem Genossen Ernst aufgrund seiner Funktion in der KPD nicht möglich war, in die DDR umzusiedeln, stellte ich einen Antrag auf Wohnungswechsel nach Hamburg. Das war eine lange Zeit und dauerte fast zwei Jahre, ehe die Partei die Prüfung, die Entscheidung, die Genehmigung abgeschlossen hatte. Um mich auf den Kampf in Westdeutschland besser vorzubereiten, wurde ich für die Parteischule vorgeschlagen. So besuchte ich dann in der zweiten Jahreshälfte 1955 die Parteischule in Berlin-Köpenick. Hier lernte ich zum erstenmal die Grundbegriffe des Marxismus-Leninismus kennen. Diese Parteischule war mir eine große Lehre und Unterstützung für mein ferneres Leben. Doch auch hier wurden bereits ernste Fehler von seiten der Kader, der Lehrer gemacht, die kritiklos hingenommen wurden.

Auf der Parteischule waren im Schulungstext noch Werke vom Genossen Stalin angegeben. Diese wurden plötzlich Ende 1955 gestrichen. Ohne Kommentar bei der Bekanntgabe der kommenden Wochenthemen. Im ersten Moment waren einige Genossen baff. Doch man sagte nichts.

Die Parteischule war Ende 1955 beendet. Im Januar arbeitete ich wieder im Betrieb. Ich habe einem alten Genossen aus meiner Abteilung, der im KZ war, von dieser Sache mit der Stalin-Literatur erzählt. Der Parteisekretär meldete dies sofort, ohne mit mir darüber zu sprechen, der Kreisleitung Köpenick. Zwischenzeitlich war der XX. Parteitag der KPdSU und der Genosse Stalin wurde öffentlich verdammt. Das war für alle Genossen in der Betriebszelle dann doch ein Schock. Besonders die alten Genossen, die jahrelang im KZ gewesen waren, nahmen das nicht so hin. Innerlich bewegte es sie sehr. Aber nur wenige waren bereit, die Sache öffentlich zu diskutieren. Aus meiner Parteizelle waren es vier. Zwei ältere Genossen, die im KZ gewesen waren, ein junger Genosse, der in den Kandidatenstand zurückversetzt worden war, und ich, die nach Westdeutschland wollte, die die Verurteilung Stalins nicht einfach hinnahmen. Wir haben diese Sache sehr offen diskutiert und wurden vom Kreissekretär stark kritisiert. Ich weiß heute nicht mehr so genau die Einzelheiten der Diskussion. Aber den beiden alten Genossen tat man nichts, der junge Genosse, der sowieso „Bewährung" hatte, wurde ausgeschlossen und mir wurde der eine Haushaltstag im Monat, der mir als verheirateter Frau zustand und den ich in der Regel nutzte, um meinen Mann zu besuchen, gestrichen. Die Diskussion über Stalin selbst wurde abgebrochen. Es hieß immer, es käme noch eine Erklärung. Aber solange ich noch in Berlin in der Betriebszelle war, gab es keine.

Und dann, 1956, übersiedelte ich nach Hamburg. Ich meldete mich hier sofort bei der Partei und kam in die Gruppe von Bargen, in Hamburg Altona. Ich war mit sehr gefestigten und revolutionären Vorstellungen hier nach Hamburg gekommen. Ich meinte, die Partei sei so, wie ich sie aus den Büchern über Ernst Thälmann kannte. Das waren offensichtlich sehr idealistische Vorstellungen und meine Enttäuschung war groß. Der erste Zellenabend hatte kein Thema. Der Zellenleiter war gerade in Polen zu Besuch gewesen und an diesem Abend wurde das mitgebrachte Kaffee-Service aus Polen vorgeführt.

Selbstverständlich sahen die Gruppenabende der KPD hier etwas anders aus als die Sitzungen der SED in der DDR. Man konnte die politischen Sitzungen nicht während der Arbeitszeit abhalten. Es gab viele ehrliche Genossen, auch wenn sie nicht richtig angeleitet wurden, denn rein ideologisch, was die Schulung betrifft, spielte sich auch hier in Hamburg nichts ab. Früher habe man, so hörte ich, für alle Genossen die Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang, geschult. Doch da Stalin inzwischen in „Ungnade" gefallen war, hatte man diesen hervorragenden Lehrstoff (bereits 1954) fallen lassen. Jetzt sah die Schulung wie in der DDR aus, nur daß statt dem „Neuen Deutschland" die „Hamburger Volkszeitung" bzw. das „Freie Volk" behandelt wurden.

Das Verbot stand vor der Tür. Am 15. August 1956, einen Tag vor dem Verbot, war der Parteifunktionär Ralf Giordano in unserer Grundeinheit. An diesem Abend hatten wir ein längeres Streitgespräch. Es handelte sich darum, daß wir, mein Mann, ich und noch ein weiterer Genosse vorschlugen, angesichts des morgen früh zu erwartenden Urteils vorsichtshalber in der Nacht noch Schreibmaschinen und einige andere Sachen der Zelle und aus dem Kreisbüro in Sicherheit zu bringen, Giordano, der angeblich große Erfahrungen aus der Illegalität besitzen und das Vorgehen der Bourgeoisie kennen sollte, sprach dagegen. Er behauptete, niemals könne es die Bourgeoisie sich erlauben, die KPD zu verbieten. Das wäre ein einziges Mal in der Geschichte, nämlich 1933, aber niemals wieder passiert. Wir, die wir Sicherheitsmaßnahmen in Erwägung zögen, hätten kein Vertrauen zur Partei, unserer Mutter, zu der das Volk aufschaue und die es verteidigen würde. Deshalb sei ein Verbot unmöglich. Es wurde beschlossen, noch ein Protestschreiben an den Bundesgerichtshof zu schicken. Klar, daß am nächsten Tag Schreibmaschinen, Adressen usw. in die Hände der Polizei fielen. Übrigens, **die Illusion, die KPD könne nicht verboten werden, die in Bonn würden das nicht wagen, wurde damals, wie ich in Gesprächen mit Kollegen im Freihafen, wo ich damals als Hilfsarbeiterin in einer Cellophanfabrik beschäftigt war, erfuhr, von vielen vertreten. Nun können die Massen zeitweilig Illusionen über den Charakter der Bourgeoisie haben, Kommunisten aber sollte das nicht passieren.**

Was aber war mit dem „großen Funktionär" Giordano? Wenige Monate nach dem Verbot schrieb er ein Buch gegen die Partei „Die Partei hat immer recht". Und heute? Heute können wir ab und zu bürgerliche Sendungen im Fernsehen von ihm „bewundern". So wie er nutzten damals Tausende „Genossen" das Parteiverbot, um sich ins bürgerliche Leben zurückzuziehen. Das war mein erstes negatives Erlebnis mit der KPD in Hamburg. Ein zweites folgte: Heinz Geinitz, bekannt als Mitgestalter der „Ostseewoche" in Rostock, war mein Zellensekretär. Wir hatten alles, aber auch alles für eine eventuelle Illegalität abgesprochen. Beim ersten Treff nach drei Wochen, der vereinbarungsgemäß ablief, schaute er mich blöd an: „Wir kennen uns doch gar nicht, was wollen Sie denn?"

Das war die Situation 1956. Zuerst völlige Unterschätzung der Bourgeoisie, keine Vorbereitungen auf die Illegalität der gesamten Partei, dann, als sie da war, Feigheit, Panik, Liquidatorentum. Liquidatorentum, das so weit ging, daß die Partei meinen Mann, der eine Zeitschrift der Nationalen Front für die Küstenbevölkerung herausgab, aufforderte, diese Zeitung ohne zwingenden Grund einzustellen. Er tat dies aber nicht, sondern vergrößerte die Zeitung und bewies der Partei, daß auch unter illegalen Bedingungen legale Arbeit möglich ist. Da kam auch Geinitz wieder angekrochen und wollte nichts von dem mehr wahr haben, was er mir gesagt hatte.

Doch bleiben wir bei der DDR. Viele Jahre, bis zur Gründung der KPD/ML Ende 1968, besuchte ich regelmäßig meine Mutter und Brüder in Ostberlin, des öfteren fuhren wir auch im Parteiauftrag allein oder mit Sympathisanten nach Schwerin, Rostock oder Wismar. **Die Entwicklung des Bonzentums, das Entstehen einer neuen Arbeiteraristokratie, bevorzugter Cliquen nahm langsam aber stetig zu, die Kluft zwischen der Partei auf der einen und der Arbeiterklasse und den Werktätigen auf der anderen Seite vergrößerte sich ständig.** So waren wir beispielsweise 1959 zur Neujahrsveranstaltung nach Schwerin eingeladen. Obwohl dies eine Veranstaltung von ca. 800 Leuten war, waren es ausschließlich Parteibonzen und andere Prominenz wie Ärzte, Zahnärzte, Offiziere der Armee, Direktoren, Künstler etc., die hier feierten. Einfache Arbeiter sah man kaum. Diese Entwicklung Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre rief in mir recht widersprüchliche Gefühle hervor. **Einmal sah man den Ausbau der sozialistischen Errungenschaften im Gesundheits-, Erziehungs- und Erholungswesen, deren Grundlagen ja bereits schon vor 1956 gelegt worden waren, andererseits konnte man schon die fortschreitende revisionistische Entartung z. B. im Bereich der Kultur und das Entstehen einer neuen privilegierten Schicht beobachten, die sich zur neuen bourgeoisen Schicht entwickelte.**

(Schlußteil folgt).

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML Sektion DDR

auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML Stadtsparkasse Dortmund Kto.: 321 004 – 547

Stichwort. KPD/ML Sektion DDR

Regierungsmai in Ostberlin

Korrespondenz – Wer im Fernsehen die Bilder über die 1.-Mai-Parade in Ostberlin gesehen hat, der hätte von der strammen Haltung und dem ganzen Drum und Dran der Sozialfaschisten durchaus beeindruckt sein können, wer allerdings selbst dabei war, bekam andere Eindrücke.

Das fängt damit an, daß der gesamte Marx-Engels-Platz vor dem Palast der Republik (einer seiner Namen in der Bevölkerung ist auch „Ballast der Republik") von der Polizei abgesperrt war, so daß sich die Parteibonzen der SED-Clique eine sichere Distanz von etwa 250 Metern zur Bevölkerung verschafften.

Für die meisten, die hier in den Delegationen der Betriebe, Schulen usw. demonstrierten, ist dies, wie ein Kollege sagte „einfach eine Pflichtübung". Für den einfachen Arbeiter ist es nicht so wichtig, sich dort sehen zu lassen, aber Leute, die eine Position innehaben, müssen dort erscheinen. Nach Pflichtübung sah denn auch die gesamte Demonstration aus. Rund 250 Meter vor dem Palast der Republik war die Aufstellung der Delegationen. Es folgte der Vorbeimarsch an dem Balkon der Bonzen. Nach weiteren 150 Metern war für die meisten dann das Ganze schon beendet: Sie rollten ihre Fahnen und Transparente noch im Gehen ein, sobald sie an der Tribüne vorbei waren. Dort wo die eigentlichen Zuschauer standen, kam der größte Teil bereits mit zerlegten Fahnenstangen an und scherte aus dem Zug.

Während die ersten Gruppen nach der Waffenparade so gegen 10 Uhr vorbeimarschierten, noch einigermaßen in Reihen geordnet, bot die Demonstration ab 10.30 eher das Bild einer belebten Geschäftsstraße als das, was die revisionistische Presse als „Kampfdemonstration" ausgab. Gruppen von johlenden Jugendlichen gehörten ebenso zu dieser „Kampfdemonstration" wie Jugendliche mit großen Abzeichen von Popmusikern wie Jimmi Hendrix auf ihren Jacken.

Die völlige Entartung der DDR in einen bürgerlichen kapitalistischen Staat, der keine Perspektive bieten kann außer Ausbeutung und sozialfaschistischer Unterdrückung führt eben zwangsläufig zu denselben Erscheinungsformen der Verrottung wie in den westlichen kapitalistischen Ländern.



Bei alledem ist sicher, daß trotz des ungeheuren Schadens, den die Revisionisten mit ihrer sozialfaschistischen Herrschaft anrichten, sich der Tag nicht aufhalten lassen wird, wo in der DDR der 1. Mai wirklich wieder der Internationale Kampftag der Arbeiterklasse sein wird.

DDR

Wasserversorgung im Oderbruch nicht gesichert

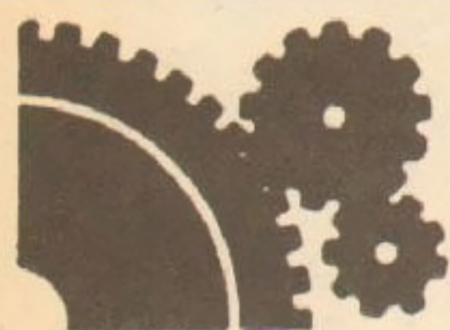
Korrespondenz – Das Oderbruch ist eine der markantesten Gegenden Deutschlands. Zugleich aber haben gerade die ländlichen Gebiete abseits der Städte seit der Trockenlegung dieses ehemaligen Sumpfes große Probleme.

Das Grundwasser steht nur einen halben bis einen Meter unter der Erde. Oft stehen daher die Felder unter Wasser. Zugleich ist dieses Grundwasser nicht als Trinkwasser geeignet, da es aufgrund zu geringer Versickerung zu wenig gereinigt ist. Es ist derartig mineral- und eisenhaltig, daß jede Wasserleitung binnen weniger Wochen einfach zuwachsen würde. Dieselben Probleme stellen sich auch für die Kanalisation. In einigen Ortschaften sieht es daher so aus: Die Menschen waschen mit Regenwasser, trinken abgekochtes Brunnenwasser, die Abwässer und Fäkalien werden gesammelt und regelmäßig zu Fäkalienfahrzeugen gebracht. Nur die Kreisstadt Seelow hat seit 1934 ein eigenes Klär- und Pumpwerk, das aber nur ausreicht, um einen Teil der Umgegend zu versorgen.

Kürzlich bekam eine weitere Ortschaft fließend Wasser: Marxwalde. Der Grund ist offensichtlich. Dort entstand eine große Kaserne samt Flugplatz für die NVA. Die anderen Ortschaften aber müssen weiterhin auf fließend Wasser warten, weil auch das Marxwalder Pumpwerk in der Kapazität nicht für viel mehr als die Kasernen ausreicht. Ursprünglich sollten laut Plan z. B. die Orte Kienitz, Letschin, Großneundorf und andere schon seit 1970 über fließend Wasser verfügen. Doch das ist jetzt erst einmal auf 1980 verschoben worden. Denn alle Planung läuft folgendermaßen: Erst einmal kommen die „besten Freunde", nämlich die Besatzer des sowjetischen Sozialimperialismus an die Reihe. Dann kommt eine Weile nichts, dann die NVA und die Bonzen. Dann kommt wieder eine ganze Weile nichts und dann erst alles andere.

In einem Orte müssen sich kürzlich die Steine gebogen haben vor Lachen: Dort hat der „Rat der Gemeinde" eine Ortssatzung mit 15 Paragraphen und durchschnittlich 5 Unterpunkten verabschiedet. Unter anderem steht darin: „Jeder Anschluß an die zentrale Wasserversorgung ist genehmigungspflichtig." Bei wem soll man das denn beantragen? Bei Petrus, dem Regenmacher, oder bei der Oder, die das Grundwasser liefert? Tatsächlich soll dieser Teil der Ortssatzung nur dazu dienen, die Bevölkerung zu beruhigen und den Eindruck zu erwekken, daß bald etwas auf dem Gebiet der zentralen Wasserversorgung geschehen würde. Es ist völlig klar, daß das kein Sozialismus ist. Erst wenn durch die sozialistische Revolution die Diktatur des Proletariats wiedererrichtet ist, werden alle diese Probleme der Versorgung im Sinne der Werktätigen gelöst werden. Dazu ist es notwendig, die sowjetischen Besatzer wie auch die neue Bourgeoisie zu verjagen. Unsere schärfste Waffe in diesem Kampf: Die KPD/ML Sektion DDR.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

„Von der Gewerkschaft verraten und verkauft wie von den Unternehmern."

Durch regelmäßiges Lesen des ROTEN MORGEN habe ich zwar schon Eindrücke von den Machenschaften der Unternehmer und Gewerkschaften bekommen, doch in diesem Arbeitskampf in der Druckindustrie (...) sah ich mich das erste Mal persönlich mit diesen Dingen konfrontiert.

Ich arbeite als Setzer in einer Druckerei mittlerer Größe (...). In der zur Zeit laufenden Tarifrunde fordert unsere Gewerkschaft eine Lohnerhöhung von 9 % oder 140,- DM. Das letzte Angebot der Arbeitgeber belief sich auf 5,4 %. Die Gewerkschaft setzte eine Urabstimmung an (...). Das Ergebnis war glänzend. 88,3 % der Arbeiter waren bereit, die durchaus berechtigten und unerläßlichen Lohnforderungen der Gewerkschaft durch Kampfmaßnahmen durchzusetzen. Soweit gut. Aber was macht unsere Gewerkschaft? Als erstes wurden nur die Großbetriebe, wie Springer u.a. bestreikt. Die Antwort der Arbeitgeber war daraufhin der Beschluß (...): totale Aussperrung aller Arbeiter, ungeachtet deren sozialer Situation. Die einzig richtige Antwort der Gewerkschaft müßte totaler Streik in der Druckindustrie sein, da ja auch weit über die Hälfte aller Druckereien der Aussperrungsempfehlung nicht Folge geleistet haben. Doch die Gewerkschaft beharrt weiterhin nur auf Schwerpunktstreik. Die IG Druck und Papier könnte ja auch bei einem totalen Streik zuviel Kapital in Form von Streikgeld verlieren. In meiner Firma wurde auch,trotz mehrmaliger Anrufe bei der Gewerkschaft,nicht gestreikt. Wir wurden mit lächerlichen Phrasen, wie z.B. man solle nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen, beschwichtigt und angewiesen, weiterhin unserer Arbeit nachzugehen. Wir mußten also arbeiten, während andere Kollegen von der rechtswidrigen Aussperrung betroffen waren.

Doch auch mein Arbeitgeber blieb, wie könnte es anders sein, nicht untätig. Heute um 9.50 Uhr kreuzte plötzlich die Polizei im Hause auf. Ob ungerufen oder gerufen, ist mir nicht bekannt, aber es stimmte mich doch sehr nachdenklich, was die Polizei bei einem rechtsmäßigen Arbeitskampf zu suchen hat. Kurz darauf wurde von der Geschäftsleitung an alle Kollegen ein Rundschreiben verteilt, das unter anderem auch eine massive Drohung auf Aussperrung enthielt. Das rief natürlich lebhafte Diskussionen im Kollegenkreis hervor. Dabei sagte mir eine nichtorganisierte Kollegin, daß die Geschäftsleitung das Angebot gemacht habe, daß die Kollegen, die nicht in der Gewerkschaft sind, ihren Lohn weiterhin bekommen, da sie ja kein Streikgeld erhalten. So versucht also die Geschäftsleitung, einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben und praktisch einige zu belohnen, die nicht Mitglied der Gewerkschaft sind. Sogar in einer kurzfristig anberaumten außerordentlichen Betriebsversammlung, die heute stattfand, wurde dieser Vorschlag, in allerdings versteckter Form, im Mäntelchen der Fürsorgepflicht zum Besten gebracht. Der Anlaß für diese Betriebsversammlung war die Aussperrung aller Arbeiter bei uns ab 30.4. auf unbestimmte Zeit. Dabei wurde sogar mit der Polizei gedroht, falls Kollegen sich mit der Aussperrung nicht abfinden würden.

Abschließend kann ich sagen, der Arbeiter wird von den Gewerkschaften genauso verraten und verkauft wie von den Unternehmern.

Solidaritätsadresse Roter Betriebsräte an die Drucker

Liebe Kollegen,

mit Begeisterung haben wir vom bundesweiten Streik der Druckereiarbeiter gehört. Eine Kampffront von Kiel bis München! Das ist ein großartiger Erfolg. Das ist ein Sieg über die Kapitalisten und ihre Handlanger, denen es oft schon gelungen ist, durch Schwerpunktstreiks usw. unserem Kampf seine Wucht zu nehmen. Euer Kampf ist ein Beweis für die alte Wahrheit: Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will!

Die herrschende Klasse dachte wohl schon, die diesjährige Tarifrunde sei für sie gelaufen. Sie dachten, sie brächten ihren 5,4% Lohnraubabschluß überall durch. Da habt ihr ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Ihr habt uns allen gezeigt, wie man es machen muß. Euer Kampf gibt allen Arbeitern in Westdeutschland Mut, gegen den unverschämten Lohnraub, gegen die mörderische Rationalisierung und die verschärfte Ausbeutung in den Betrieben geschlossen und kompromißlos den Kampf aufzunehmen.

Wir erklären uns mit eurem Kampt solidarisch. Unsere besondere Solidarität gilt den Kollegen, die durch brutale Polizeieinsätze niedergeknüppelt und verhaftet worden sind, weil sie den Streikbrechern und der Polizei mutig in den Weg traten. Wir verurteilen schärfstens den Terror der Polizei, die mit Gummiknüppeln und Gasgranaten im Interesse der Kapitalisten die Auslieferung von Zeitungen erzwang. Aber diese Polizeieinsätze, die gleichzeitig in allen Bundesländern stattfanden, zeigen auch folgendes: Der Staatsapparat will eure Streikfront zerbrechen, weil das Kapital und seine Handlanger Angst haben. Sie fürchten, daß euer Streik zum Kampfsignal gegen Lohnraub für die gesamte Arbeiterklasse wird.

Wir begrüßen es, weil es notwendig und richtig ist, mit revolutionären Aktionen dem Terror von Kapital und Polizei entgegenzutreten. So ist es in Städten wie in Heilbronn, Darmstadt und anderen gelungen, Wagen zu blockieren, Notausgaben zu verhindern und dem Polizeiterror zu widerstehen. Das zeigt uns allen: Wenn wir geschlossen und revolutionär kämpfen, können wir sowohl den Tricks des Gewerkschaftsapparates, als auch den Unterdrükkungsmaßnahmen der Kapitalisten und dem Terror des Staatsapparates standhalten und Siege erringen.

Wir Roten Betriebsräte unterstützen euren Kampf aus vollem Herzen und werden alles tun, um unter unseren Kollegen die Solidaritätsfront zu schmieden.

Rote Betriebsräte von HDW/Kiel, KHD/Köln, ELAC/Kiel, Siemens/Witten, Dörnemann/Recklinghausen, Felten & Guillaume Nordenham, Vorlo, Howedica, Trede/Hamburg.

Druckereiarbeiterstreik

Berichte über Polizeieinsätze

„5,4% sind nichts – 9% sind wenig!" „Unser Kampf ist auch Euer Kampf!" So prangt es in großen Transparenten vom Druckhaus Deutz in Köln. „Unser Kampf geht weiter!" In den Straßenbahnen, die am Druckhaus vorbeifahren, lebhafte Zustimmung von den Kollegen: „Die Drucker, die zeigen uns wie es gemacht wird."

Eine unvermindert starke Kampfbereitschaft der Druckereiarbeiter, wachsende Solidarität und Unterstützung aus der Bevölkerung kennzeichnen die Streikfront. Die Kapitalisten antworten auf diesen Vorstoß der Druckereiarbeiter in ihrem Lohnkampf mit brutalen Polizeieinsätzen und faschistischen Anschlägen gegen die kämpfenden Kollegen.

Hunderte Druckereiarbeiter haben in allen Teilen der BRD in den letzten Tagen die Tore der Betriebe durch Posten besetzt. In **Westberlin** sperrten 500 Kollegen die drei Auslieferungstore der **Mercatordruckerei**, um die Auslieferung einer sogenannten Notausgabe zu verhindern. Es wurden Barrikaden errichtet, um die Ausfahrt der LKWs zu verhindern. In **München** verhinderten über hundert Arbeiter des **„Münchner Merkurs"** die Auslieferung des „Werbespiegels". Als die Drucker der **„Süddeutschen Zeitung"** und von **Springer** im Buchgewerbehaus von der geplanten Auslieferung erfuhren, eilten sie zur Druckerei des Verlagspiegel, um die Kollegen zu unterstützen. Ähnlich war es auch in **Neumünster**: Dort versammelten sich Drucker aus **Hamburg**, **Rendsburg** und **Itzehoe** vor den Toren des **Karl-Wachholz Verlags**, weil bei ihnen das Gerücht umging, dort würden Zeitungen für ganz Schleswig-Holstein gedruckt. Aus **Reutlingen**, **Darmstadt**, **Mannheim**, **Heilbronn** erreichten uns bis jetzt weitere Berichte über Besetzungen der Tore durch die Streikenden. Überall waren die Kollegen fest entschlossen, den Einlaß von Streikbrechern und die Auslieferung von Zeitungen zu verhindern.

Die Gewerkschaftsbonzen und die D„K"P-Revisionisten schafften es nicht, die Streikfront zu brechen. Die Kapitalisten gingen darum mit brutaler Gewalt gegen die Streikenden vor. Die Genossen aus **Westberlin** berichten vom **Mercator Druckhaus**: „Aber um 3 Uhr erfolgte plötzlich ein blitzschneller Angriff der Polizei, die jetzt nicht nur mit Helmen, sondern auch mit Gasbrillen und dem Gummiknüppel in der Hand losstürmten. Sie setzten ohne jede Vorwarnung die Gasgranate der chemischen Keule (Chemikal Mace) ein. Während sie ständig die Gaskörper warfen, räumten sie die Barrikaden an der Pohlstraße ab. Dann rasten mit wahnsinnigem Tempo die Fahrzeuge mit den Zeitungen heraus. Es war reines Glück, daß es keine Toten oder Verletzten gab. Draußen formierten sich die Polizisten, um gegen die Blockierer


Westberlin

und Zuschauer, die auf der Straße waren, vorzugehen. Sie rasten mit ihren Fahrzeugen skrupellos in die Massen, die auf der anderen Straßenseite standen. Vielen Arbeitern, die noch Illusionen über die Polizei hatten, wurden die Augen geöffnet. Es herrschte große Empörung."

In **München** sperrte eine Hundertschaft Polizei an beiden Seiten der Ausfahrt der Druckerei die Straße ab und drängte die Bevölkerung hinter die Sperre, um so ungehindert die Streikposten angreifen zu können. Daraufhin traten die IG-Druck-Bonzen in der Streikleitung in Verhandlungen mit der Polizei und bliesen nach einer Zeit die Blockade ab.

In **Reutlingen** weigerten sich die Posten, auf Aufforderung der Polizei die Ausfahrt zu räumen. Daraufhin wurden sie von der Polizei überfallen. 31 Mann verhaftet und zum Teil brutal zusammengeprügelt, zur Wache geschleppt und erkennungsdienstlich behandelt. Der Reutlinger Kreisvorsitzende und Landtagskandidat der D„K"P redete, als die Polizei erschien, auf die Kollegen ein, doch nicht so ein Theater zu machen und das Tor zu räumen. Die Besetzer antworteten darauf mit großer Empörung. Als die Polizisten dann die Demonstranten überfielen, verzog er sich in seinen PKW und tauchte erst mit großen Sprüchen wieder auf, als die Polizei weggefahren war.

In **Heilbronn** versuchte der Kapitalist der **„Heilbronner Stimme"** ebenfalls mit der Polizei die Auslieferung einer Notausgabe durchzusetzen. Als die **80-100** Streikposten sich aber entschlossen zeigten, die Ausfahrt zu verteidigen, wich er zurück und gab seinen Plan auf.

Der Bericht aus **Westberlin** zeigt, daß die Druckkapitalisten sich nicht scheuten, zur Auslieferung ihrer Zeitungsausgaben Menschenleben zu gefährden. Bei **Burda in Darmstadt** ist ein mit Zeitungen beladener LKW brutal in die Streikpostenkette gerast und hat mehrere Kollegen verletzt. Mindestens einer von ihnen liegt im Krankenhaus. In Neumünster fuhr eine mit Zeitungen beladene Taxe in die Kette der Streikenden und fuhr zwei Kollegen an.

Wie in **München** und **Reutlingen** versuchten die Bonzen von der IG Druck und der D„K"P die Kollegen überall zum Zurückweichen vor der Polizei zu bewegen. Als in **Neumünster** die Polizei anrückte, um Streikbrecher durch die Reihen der aufgebrachten Kollegen aus dem Betrieb zu schleusen, hielten die Bonzen die Streikenden zurück mit Reden wie, sie sollten die Lage nicht unnötig emotional aufheizen. Was die Bonzen verhindern wollen, ist, daß die Kollegen in ihren Kämpfen immer mehr das wahre Gesicht dieses Unterdrückerstaates kennenlernen. Sie wissen, daß sie es kaum noch einem Arbeiter klarmachen können, daß der Gummiknüppel der Polizei zu seinem Wohl auf seinem Kopf herumtanzt und das Tränengas, das er schluckt, der gemeinsamen Sache dient. Daß die Arbeiterklasse nur durch den revolutionären Sturz dieses Unterdrückerstaates zu ihrem Recht kommt, daß ist die passende Lehre aus diesen Erfahrungen.

Polizeiterror gegen streikende Drucker

Fortsetzung von Seite 1

die sogenannte „wirtschaftliche Vernunft" bei Lohnforderungen und das „Stabilitätsprogramm" der Regierung, sich aber bei genauerem Hinsehen als verschärfte Ausbeutung der Arbeiter zugunsten der Aufrechterhaltung riesiger Profite für die Kapitalisten entpuppt, – jetzt wird es mit Polizeiknüppeln und Tränengas gewaltsam gegen die Arbeiter durchgesetzt. Wie in diesen Tagen die Staatsmacht systematisch im Interesse der Kapitalisten eingegriffen hat, wie die Polizei mit brutalen Knüppeleinsätzen, mit faschistischen Methoden gegen den Streik vorgegangen ist, das hätten viele Kollegen, die es jetzt am eigenen Leib erfuhren, vorher nicht für möglich gehalten. Daß dieser Staat ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse gegen das arbeitende Volk ist, daß trotz demokratischer Fassade und süßlicher Phrasen bei uns in Westdeutschland und Westberlin eine Diktatur der Kapitalisten über die Arbeiter herrscht und daß die Polizei eine Bürgerkriegstruppe der Kapitalisten gegen die Arbeiter ist, das ist Hunderten und Tausenden von Menschen in diesen Tagen klarer geworden. Die Polizeieinsätze bei den Streiks im August 1973 (bei Ford, Pierburg, Hella u. a.), im letzten Jahr bei dem Streik türkischer Kollegen von Dynamit-Nobel, oder in Whyl beim Kampf gegen den Bau des Atomkraftwerks, zeigten dies auch schon. Damals waren es noch in den meisten Fällen Ausländer, die die Unterdrückungsgewalt zu spüren bekamen. Jetzt wird noch deutlicher, daß der Polizeiterror, daß die Staatsgewalt zur Unterdrückung der Arbeiter da ist, egal welcher Nationalität. In dem Moment, wo breite Teile der Arbeiterschaft sich zum Kampf erheben, wo die Polizei und die Justiz nicht nur gegen Kommunisten oder einzelne Menschen vorgehen, die ihr aus irgendwelchen Gründen im Wege stehen, wird deutlich, daß der Polizeiterror, wie er sich oft in Schießereien gegen harmlose Passanten zeigte, oder gegen Menschen, die vielleicht auch ein Vergehen begangen haben, und wie er seit Jahren gegen die KPD/ML konzentriert wurde, sich letztlich auf die Unterdrückung der breiten Massen der Arbeiterklasse richtet.

Die Polizeieinsätze gegen die streikenden Drucker waren keine zufälligen Einzelerscheinungen. Sie fanden gleichzeitig in allen Bundesländern statt. Dahinter steckt eine zentrale Strategie der herrschenden Klasse. Nachdem die Tarifrunden in so wichtigen Branchen wie Eisen- und Stahlerzeugung, Metallverarbeitung, Öffentlicher Dienst und Bergbau bereits im Sinne der Kapitalisten erfolgreich über die Bühne gebracht worden waren, glaubten die Herren schon, sie würden auf der Linie dieses extrem niedrigen Lohnraubabschlusses nun auch noch bei Druck und Chemie durchkommen. Die Druckereiarbeiter haben ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Jetzt steht das Gespenst eines heißen Sommers oder Herbstes drohend vor den Ausbeuterherren.

Inzwischen hat der IG DruPa-Apparat auf einer Streikversammlung in München angekündigt, am Dienstag (11. 5.) solle der Streik in Schwerpunktstreiks umgewandelt werden. Es ist dies ein erneuter Versuch der IG Druck und Papier-Führung, den Kampf der Druckereiarbeiter abzuwürgen, nachdem die Aussetzung des Streiks am Widerstand und an der Kampfbereitschaft der Kollegen gescheitert war. Bei Redaktionsschluß ist nicht abzusehen, ob der IG-Drupa-Apparat seinen geplanten Verrat durchsetzen kann. Auf keinen Fall aber können die Verräter den mutigen und entschlossenen Kampf der Druckereiarbeiter und seine Folgen nicht ungeschehen machen. Ihr Kampf hat die gesamte Kampffront der Arbeiterklasse gegen den Lohnraub neu in Bewegung gebracht und mit neuer Energie ausgestattet. Ein offensiver Vorstoß gegen das „Stabilitätsprogramm" der Regierung, das die totale Abwälzung aller Lasten der Krise auf die Werktätigen und eine rigorose Verschärfung der Ausbeutung zum Ziel hat.

Deshalb treffen die Worte auf einem Transparent, das streikende Druckereiarbeiter in Köln am Druckhaus Deutz für die Bevölkerung ausgehängt hatten, genau ins Schwarze: **„Unser Kampf ist auch Euer Kampf!"** Jawohl: Der Kampf der Druckereiarbeiter stärkt uns allen den Rücken im Kampf für unsere gemeinsamen Interessen!

Norwegen: Polizei überfällt Streikende

Die Widersprüche zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse haben sich in Norwegen zunehmend verschärft. Lohnraubabschlüsse, Teuerung und hohe Inflation haben die Lage der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen immer mehr verschlechtert. Arbeiter verschiedener Betriebe haben gegen die Lohnraubabschlüsse der reaktionären Gewerkschaftsführer den Kampf aufgenommen. Die Bourgeoisie versucht diesen Kampf durch verschärfte Unterdrückung zu ersticken. Besonders fürchtet sie den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens/Marxisten-Leninisten in diesen Kämpfen, die die Arbeiter auf der Grundlage des Klassenkampfes fest zusammenschließt. Ein Beispiel dafür, wie die Arbeiterklasse den Kampf gegen diese wachsende Unterdrückung führt, ist der Streik der Arbeiter von der Güter-Transport-Firma Linjegods.

Die fast 100 Arbeiter von Linjegods sind in den Streik getreten, um eine Lohnerhöhung zu erkämpfen, die ihnen ihren Lebensstandard erhält. Im letzten Jahr lag ihr Durchschnittslohn bei 3500 Kronen im Monat (ca. 800 bis 900 DM, wobei die Preise in Norwegen allerdings noch höher sind als bei uns). Ihre Forderung lautet jetzt: 800 Kronen mehr im Monat.

Am Montag, fünf Tage vor dem 1. Mai, legten die Arbeiter den Haupttermina1 von Linjegods im Osloer Hafen Alnabru still. Doch Linjegods versuchte den Streik zu brechen. Der Betriebschef orderte kurzerhand die Lastwagen um auf einen stillgelegten Terminal, um dort zu laden. Die Arbeiter aber waren fest entschlossen, diese Streikbrecherei zu verhindern. Am Dienstagmorgen verschlossen sie das eine Tor des Streikbrecher-Terminals und versperrten das andere Tor mit Streikposten. Die Blockade wirkte: Mehrere Wagen mußten auf dem Terminal bleiben mit ihren Gütern, viele angekommene Lastwagen mußten umkehren. Um den Streik zu brechen holte der Linjegods-Chef die Polizei.

Über 20 Polizisten kamen, mehrere mit Hundepatrouillen. „Vorwärts marsch! Das Tor räumen!" brüllte der Polizeileiter. Die Streikposten bildeten Ketten und formierten sich gegen den Angriff. Die Polizei ging mit roher Gewalt vor. Mehrere Arbeiter bekamen Fußtritte und Schläge. Die Polizisten prügelten solange auf die Arbeiter ein, bis das Tor geräumt war. 14 Arbeiter wurden in die Polizeifahrzeuge geschleppt, weggefahren und angezeigt.

Die AKP/ML verteilte sofort Flugblätter, in denen sie die Werktätigen aufrief, den Kampf der Linjegods-Arbeiter gegen Polizeigewalt und Streikbrechertum zu unterstützen. Auf ihre Initiative hin nahmen die Streikunterstützungskomitees, die es in vielen Betrieben des Landes gibt, ihre Arbeit auf, sammelten für ihre Kollegen, Protestaktionen wurden gegen den Polizeiüberfall organisiert.

Die bürgerliche Presse samt der Presse der norwegischen Revisionisten entfaltete am nächsten Tag eine unglaubliche Hetze. In einem Interview suchte der Osloer Polizeichef den brutalen Einsatz gegen die Streikenden herunterzuspielen: Der Polizei ginge es ja gar nicht darum, ob der Streik berechtigt sei oder nicht, sie habe nur die Aufgabe, den Weg freizuhalten. Das Osloer „Dagbladet" behauptete frech: „Die Streikenden stehen allein: Keine Unterstützung für die Linjegods-Arbeiter" Die Tatsachen aber waren anders: Arbeiter von der Westbahn im Hafen erklärten, daß sie ab 3. Mai in einen Solidaritätsstreik treten werden und daß sie, falls Linjegods zwecks Streikbruch bei ihnen Güter verladen würde, sofort einen Sitzstreik beginnen werden.

Auch die Gewerkschaftsführer zeigten, daß sie auf der Seite des Kapitals kämpfen, gegen die Streikenden. So rief der Vorsitzende der Transportarbeitergewerkschaft, Kolstad, im „Arbeiterbladet" zum offenen Streikbruch auf: „Ich bitte die Streikenden inständig, die Arbeit





Polizei gegen streikende Arbeiter.

wieder aufzunehmen, damit man Verhandlungen in Gang bekommen kann, um die Streitfragen zu lösen. Ich garantiere den Streikenden, daß – sobald sie die Arbeit wieder aufnehmen – wir so schnell wie möglich Verhandlungen in Gang setzen werden. Wir werden dabei auch das Prestige der Norwegischen Transportarbeitergewerkschaft nutzen, um zu einer Lösung zu gelangen."

Die Arbeiter aber wiesen diese Spaltungsmanöver zurück: Sie kennen sehr wohl das „Prestige" dieser Gewerkschaftsbonzen. Eben gegen deren Klassenzusammenarbeit haben sie ja den Streik aufgenommen, um sich zu erkämpfen, was ihnen verweigert wird. Gehetzt wurde vor allem auch gegen die breite Unterstützung durch die AKP/ML. Partei und Arbeiter sollten auf diese Weise gespalten werden. Gewerkschaftsvorsitzender Kolstad: „Es ist stark zu beklagen und ich bedaure es, daß sich Fremdelemente in den Linjegods-Konflikt eingemischt haben." Dies gefährde die Verhandlungen. Doch die Linjegods-Arbeiter sahen, daß es gerade die AKP/ML war, die fest an ihrer Seite stand, während Gewerkschaftsapparat, Sozialdemokratie und Revisionisten alles daran setzten, den Streik zu ersticken. Ihre Antwort war: Die einzigen „Fremdelemente" in diesem Streik, das sind die Polizisten!

Am Mittwoch blockierten die Arbeiter erneut den Streikbrecher-Terminal und sie wurden dabei unterstützt von Genossen und Kollegen der gewerkschaftlichen Maikomitees unter der Führung der AKP/ML. 200 bis 300 Arbeiter und Demonstranten sperrten das Tor ab. Gegen 13. 30 kam wieder Polizei. 80 Polizisten, darunter vier auf Pferden, sowie Spezialisten der neuen „Anti-Terror-Gruppe" gingen mit äußerster Gewalt und Brutalität gegen die Arbeiter und Demonstranten vor. Die Arbeiter und Demonstranten wehrten sich in einem heftigen Kampf. Dennoch war die Polizei mit ihren Knüppeln, von den sie rücksichtslos Gebrauch machte und mit ihren Pferden, die mitten in die Ketten der Arbeiter hineingeritten wurden, in der Übermacht. Zwischen 30 und 50 Arbeiter und Demonstranten wurden festgenommen und in Arrest gebracht.

Doch die Arbeiter haben ihren Kampf nicht aufgegeben. Die AKP/ML und verschiedene Massenorganisationen haben im ganzen Land aufgerufen, gegen die Polizeiüberfälle und zur Unterstützung der Arbeiter von Linjegods Aktionen durchzuführen. Es erfolgt eine breite Mobilisierung. Dieser Kampf, der noch andauert, hat für die norwegische Arbeiterklasse große Bedeutung. Er zeigt, daß auch wenige, wenn sie sich fest zusammenschließen, den Kampf aufnehmen können und dabei auf die Solidarität der anderen Werktätigen rechnen können. Er zeigt, daß auf der einen Seite Kapitalisten und Gewerkschaftsführer mit Lohnraubabschlüssen, der kapitalistische Staatsapparat mit brutaler Gewalt und die modernen Revisionisten mit Betrug gegen die Arbeiterklasse stehen, daß aber fest an ihrer Seite die Kommunistische Partei, die AKP/ML, steht. Die Arbeiter von Linjegods haben daraus ihre Schlußfolgerung gezogen: Am 1. Mai, so hatten sie ohne eine Gegenstimme beschlossen, demonstrierten sie mit 10 000 Werktätigen unter den roten Fahnen der Arbeiterklasse in der gewerkschaftlichen 1.-Mai-Front unter der Führung der AKP/ML in Oslo. Die Parole der Partei „Einheit auf der Grundlage des Klassenkampfes" spielt so in den Kämpfen der norwegischen Arbeiterklasse eine immer wichtigere Rolle.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Das Rederecht der ausländischen Kollegen in ihrer Muttersprache muß durchgesetzt werden!



Wie schon auf den vorherigen Betriebsversammlungen, so fordern die ausländischen Kollegen auch heute wieder das Rederecht auf der Betriebsversammlung in ihrer Muttersprache.

Erinnern wir uns:

– Auf der vorletzten Betriebsversammlung wurde ein italienischer Kollege vom Betriebsrat Gutschke, unterstützt von Stender und R. Solak, gewaltsam am Reden gehindert.

– Auf der letzten Betriebsversammlung wurde erneut das Rederecht in ihrer Muttersprache von den Kollegen aus der Türkei gefordert – etwa 100 von ihnen verließen aus Protest die Betriebsversammlung.

– In der Februar-Ausgabe der ROTEN PRESSE wurde ebenfalls das Rederecht für die ausländischen Kollegen gefordert.

Jetzt (vor 14 Tagen) kommt plötzlich der D„K"P-Querträger daher, fordert: „Ein Dolmetscher muß her" und meint, der Betriebsrat solle sich von Stender nicht das Hausrecht auf der Betriebsversammlung nehmen lassen. Wieder versuchen die D„K"P-Revisionisten sich scheinheilig an die Spitze der Forderungen der Kollegen zu stellen, indem sie von den Tatsachen ablenken und sich so vor die wirklichen Spalter und Unterdrücker, den Rheinstahl-Betriebsrat stellen. Denn schließlich hat der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung in einer Betriebsvereinbarung festgelegt, daß auf den Betriebsversammlungen nur deutsch gesprochen werden darf. So versuchen sie, einen Keil zwischen die deutschen und ausländischen Kollegen zu treiben und die einheitliche Kampffront aller Rheinstahl-Kollegen gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu sabotieren.

Diesem Spaltungsmanöver müssen wir jetzt entschlossen entgegentreten. Die Rheinstahl-Kapitalisten und ihr Betriebsrat haben eine panische Angst davor, daß die ausländischen Kollegen unkontrolliert ihre berechtigten Interessen auf der Betriebsversammlung vorbringen. Deshalb ist zu erwarten, daß vom Betriebsrat für die heutige Betriebsversammlung etwas Neues ausgeheckt worden ist. Auf keinen Fall dürfen wir uns darauf einlassen, daß die Redebeiträge der ausländischen Kollegen vorher schriftlich eingereicht werden müssen, damit sie vorher kontrolliert oder gar von Handlangern der Rheinstahl-Kapitalisten wie R. Solak falsch übersetzt werden können. Deshalb fordern wir für die Betriebsversammlung:

– Sofort das freie, uneingeschränkte Rederecht für die ausländischen Kollegen in ihrer Muttersprache.

– Keine Übersetzung schriftlicher Redebeiträge durch Dolmetscher der Geschäftsleitung!

– Übersetzung der Redebeiträge der ausländischen Kollegen ins Deutsche und Übersetzung der deutschen Redebeiträge ins Türkische!

Weg mit der Spaltung! – Deutsche und ausländische Kollegen eine Kampffront – eine Klasse!

152,50 DM im Monat! — Zum Leben zu wenig — zum Sterben zu viel!



Seit ihrem 18. Lebensjahr hat sie schwer gearbeitet – und der Lohn für's Alter: **69,50 DM** Rente! Dazu als Almosen vom Sozialamt (und auch dies nur unter entwürdigenden Umständen erkämpft): 140 DM und die Sozialmiete. Abzüglich 57 DM für Nebenkosten (die auch gerade wieder gestiegen sind). Macht summa summarum zu Leben: 152,50 DM! Damit muß die Rentnerin S. in Orschel Hagen Monat für Monat auskommen. Wie, das ist ihr Problem.

Ja, wo leben wir denn eigentlich, fragt man sich, wenn man so was hört: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." (Grundgesetz, Artikel 20). Ein glatter Hohn auf die Wirklichkeit der Werktätigen!.

Frau S. war Krankenschwester und hat immer gearbeitet. Als es um die Rentenberechnung geht, glaubt man ihr nur 66 Monate Arbeit vor dem Krieg. Mehr kann sie nicht schwarz auf weiß nachweisen, obwohl sie sogar Zeugen hat. Es sind ja auch viele Unterlagen verloren gegangen im Krieg. Diesen räuberischen Krieg, der nicht in Frau S.'s Interesse war, darf sie mit Not und Armut bezahlen. Eigenhändig von der SS in Schlesien in Viehwaggons gestopft und abtransportiert, landet sie irgendwann in Bayern.. Sie will arbeiten, aber sie ist evangelisch – also keine Stelle für sie in den Krankenhäusern, in denen so viel von Nächstenliebe geredet wird. Das Rote Kreuz nimmt sie ehrenamtlich, d. h. ohne Bezahlung, obwohl sie ein Kind ernähren muß, und später auch für Bezahlung, aber: Bei der Rentenberechnung stellt sich heraus, daß sie nicht sozialversichert war. Was kann sie sich heute von dem jährlichen Präsentkorb kaufen, den sie vom Roten Kreuz immer zu Weihnachten bekam!?

In Reutlingen wohnt sie in einem jämmerlichen Loch von Wohnung und kämpft um eine Sozialwohnung. Als sie von ihrer engen Treppe stürzt, zeigt sie dem Bürgermeister den Bluterguß. Jemand vom Sozialamt besucht sie und sagt: „Sie armer Wurm!" Auch dafür kann sie sich nichts kaufen – eine menschenwürdige Wohnung will sie endlich haben. Nach 11 Jahren Warten und Kampf kann sie in eine Sozialwohnung ziehen. Dort lebt sie jetzt mit ihrem Sohn. Der ist schon über 1 Jahr arbeitslos und hat das gleiche Schicksal wie über 1 Million Arbeitslose, die kein „Recht auf Arbeitsplatz" und keine sichere Existenz haben. „Sozialer Rechtsstaat?" Sozial ist dieser Staat nur zu denen, die ohnehin im Besitz der Reichtümer der Gesellschaft sind. Ihnen wird das Geld unter verschiedenen Vorwänden wie „Investitionshilfe", „Stillegungsprämien", „Arbeitsplatzbeschaffung" oder „Umschulungsbeihilfen" in den Rachen geworfen. Nur zu dem Zweck, damit sie die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen noch verschärfen, noch höhere Profite scheffeln können.

Meldungen aus den Betrieben

KHD/Köln: Arbeitsgerichtsprozeß des Roten Betriebsrates hat begonnen

Am 4. 5. begann in Köln der Arbeitsgerichtsprozeß des entlassenen roten Betriebsrats Franz Maier gegen KHD. Gleich zu Beginn der Verhandlung stellte der Richter klar, daß es sein Plan war, die Sache im Eiltempo durchzuziehen und die Klage gegen die fristlose Entlassung abzuweisen. Er behauptete, die Rechtslage sei doch eindeutig. Aber es wurde ihm ein Strich durch die Rechnung gemacht. Genosse Franz und seine Rechtsanwältin legten umfangreiches Material vor und widerlegten die Argumente und Begründung, die von den KHD-Bossen und ihren Handlangern im Betriebsrat vorgebracht worden waren. Sie zeigten auf, daß die Entlassung sogar nicht einmal nach dem arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetz zu legitimieren ist. Angesichts dessen und der guten Mobilisierungs- und Aufklärungsarbeit der Partei sah sich der Richter gezwungen, die Verhandlung um eine Woche zu vertagen. Die Partei hatte am Tag vor dem Prozeß bei KHD und bei allen anderen großen Metallbetrieben in Köln Flugblätter zu dem Prozeß verteilt. Am Werksgelände von KHD war eine große Parole gemalt worden: „Kämpft gegen die Entlassung des roten Betriebsrats Franz Maier!" Der Zuschauerraum im Arbeitsgericht war während der Verhandlung überfüllt, so daß ein Teil der Zuschauer, die gekommen waren, um den Kampf für die Wiedereinstellung des roten Betriebsrates zu unterstützen, keinen Sitzplatz mehr erhielten.

Entlassung von 2300 Kollegen steht bevor

Fortsetzung von Seite 1

„Umstrukturieren" aber heißt, wegrationalisieren von noch mehr Arbeitsplätzen, weitere Einschränkung der Produktion von mechanischen Registrierkassen, Umstellung der Produktion auf elektronische Geräte mit einem Bruchteil der bisher beschäftigten Kollegen. Die Dresdner Bank und die Bank für Gemeinwirtschaft sorgten jetzt für den Konkurs. Sie werden aus der Landesbürgschaft den Großteil ihrer Ansprüche ausbezahlt bekommen. Gleichzeitig sorgten sie aber auch dafür, daß noch am selben Tag, an dem der Konkurs angemeldet worden ist, eine neue Firma, die „Bielefelder-Data-System" aus der Taufe gehoben wurde; Vertrieb und Produktion der profitablen elektronischen Geräte. Ein finanzkapitalistisches Manöver also, bei dem auch der Gewerkschaftsapparat durch seine Bank profitiert.

Kein Wunder, daß der Gewerkschaftsapparat vor und nach Bekanntwerden der Pleite alles getan hat, um den Kampf der Kollegen gegen die Entlassungen zu sabotieren und zu verhindern. So konnte der Kapitalist zur Nieden in der „Neuen Westfälischen" dem Betriebsrat und dem IGM-Apparat bescheinigen, „daß er sich immer positiv verhalten" hat. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Bielefeld z. B. versuchte die Kollegen auf eine neue Landesbürgschaft zu vertrösten und gleichzeitig Propaganda für den Mitbestimmungsbetrug zu machen, in dem er behauptete, die Pleite wäre nicht gekommen, wenn es die paritätische Mitbestimmung gegeben hätte. Der Betriebsratsvorsitzende versuchte, auf der Belegschaftsversammlung die Angst der Kollegen auszunutzen, um sie zur Arbeit anzutreiben. Er sagte, wie schon vor ihm der Konkursverwalter: „Die Arbeit muß weitergehen, das ist die Voraussetzung dafür, das der Sozialplan erfüllt wird." So versuchte er die Kollegen vom Kampf abzuhalten.

Ein Kollege, den wir fragten, wie es denn jetzt mit dem Geld und den Arbeitsplätzen bei Anker aussieht und was er von den Versprechungen hält, sagte uns: „Das Konkursausfallgeld für Ende Januar bis zum Konkurs ist diese Woche gezahlt worden. Es werden sogar jetzt noch Überstunden gemacht, weil ja Aufträge da sind und die halbfertigen Anlagen fertig gemacht werden müssen. Bis jetzt habe ich nur am Sonntag aus dem Fernsehen, daß beim Arbeitsamt 700 Entlassungen beantragt sind, während gestern in der Zeitung stand, daß noch für 2 bis 3 Monate Arbeit da wäre. Sonst ist offiziell nichts bekannt, es liegt also alles im Ungewissen. Der Konkursverwalter Klein hat vom Sozialplan gesprochen. Es gibt aber gar keinen Sozialplan, denn der alte ist ja hinfällig. Außerdem ist die tarifliche Nachzahlung für den Januar weg, weil das Konkurrenzausfallgeld nur für 1/4 Jahr gezahlt wird. Ob das Geld jetzt für die Zeit nach dem Konkurs pünktlich kommt, ist auch noch fraglich. Total unsicher ist, wie lange das so weitergehen soll. Durch die ganzen Reden versuchen sie doch nur, uns hinzuhalten."

Noch ist den Kapitalisten und ihren Handlangern gelungen, die Kollegen vom Kampf abzuhalten. Die Ortsgruppe unserer Partei hat deshalb in einem Flugblatt die Kollegen der „Anker-Werke" aufgerufen, sich zur Verteidigung gegen die Angriffe auf ihre Existenz und ihre Lebenslage nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen den IG Metallapparat und die modernen Revisionisten der D„K"P, den Handlangern der Kapitalisten in der Arbeiterklasse, im Kampf zusammenzuschließen.

Revisionistisches

„KAVIAR FAST GESCHENKT"

„Triff mich um 10.00 am Springbrunnen im Gum. Das Warenhaus Moskaus. Kaviar fast geschenkt. Modische Pelze zu vernünftigen Preisen . . ." So heißt es in der oben abgebildeten Anzeige des sowjetischen Reisebüros Intourist in verschiedenen US-Zeitschriften. Die Lokkung mit Kaviar und Pelzmänteln läßt erkennen, wen Breschnews Devisenfänger vor allem ins Land holen wollen: die Schmarotzer der „High Society". So weit, so schlimm. Sollte die US-Schickeria sich allerdings tatsächlich ins Gum begeben, erwartet sie eine herbe Enttäuschung. Der „Spiegel" berichtet: „Eine verlockende Anzeige. Nur verkauft Gum fast nie Kaviar, und wenn dann zu horrenden Preisen. Modische Pelze gibt es . . . nicht . . ." Es handelt sich also um plumpe Reklamelügen. Aber der internationale Jet-set sollte sich nicht allzu sehr grämen. Wenn die Breschnew-Clique die Ausplünderung der sowjetischen Bevölkerung weiter verschärft und die Brotration für die Bevölkerung demnächst noch mehr verkürzt, kann sie es sich vielleicht doch noch leisten, der internationalen Bourgeoisie im Gum Kaviar zu spendieren.

Meet me at ten near the fountain in Gum

G.U.M. GUM. You know, the Macy's of Moscow. Caviar for a song. High fashion for prices at reasonable prices. Those famous Orenburg wool

For some fact-filled folders on your holiday in the U.S.S.R., see your travel agent or write us directly.

Intourist

„KÜHNE" DDR-MALEREI

Wir berichteten bereits im ROTEN MORGEN über den sogenannten „Palast der Republik", den sich die neue Bourgeoisie der DDR ist Ostberlin hat bauen lassen und dem die Werktätigen der DDR bereits treffende Namen wie „Palazzo prozzi" und „Ballast der Republik" gegeben haben. Versteht sich, daß dieses Prunkstück der neuen Bourgeoisie auch die entsprechende künstlerische Ausgestaltung erfahren hat. 16 großformatige Bilder von bekannten DDR-Künstlern schmücken die Wände dieses Prunkbaus. Aus zunächst unverständlichen Gründen bezeichnet ein gewisser Prof. Dr. H. Feist das im SED-Organ „Neues Deutschland" als „kühnen Entschluß". Nun ist es natürlich so, daß im Vorfeld des IX. Parteitages der SED aufgrund der von oben diktierten Lobhudelei alles als „kühn" zu gelten hat, was in irgendeinem Zusammenhang mit der SED steht. Darüber hinaus aber kann man beim Betrachten der Bilder, diesen in der Tat eine gewisse Kühnheit nicht absprechen: in kühner Offenheit veranschaulichen diese Bilder nämlich, wie verkommen in politischer und künstlerischer Hinsicht die DDR-Kunst heute ist. Natürlich ist da beispielsweise der DDR-Maler Sitte vertreten, über den wir im ROTEN MORGEN bereits anläßlich seiner Hamburger Ausstellung berichtet haben. Sein Bild, daß dem Augenschein nach eine Versammlung von Leprakranken darstellt, trägt den in Anbetracht seines Inhaltes provokatorischen Titel „Kampf und Sieg der roten Fahne". So wie die neue Bourgeoisie sich noch sozialistischer Phrasen bedient, so bedient sich auch die revisionistische Kunst noch gewisser Symbole der Arbeiterbewegung und Losungen, die den Eindruck erwekken sollen, diese Machwerke hätten noch etwas mit dem Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen zu tun. Aber allein das Bild Sittes zeigt bereits, daß diese Kunst nichts anderes ausdrückt, als die Tatsache, daß der neue Kapitalismus in den revisionistischen Ländern mit dem alten Kapitalismus westlicher Prägung darum wetteifert, wer dekadenter, verfaulter und verrotteter ist.



Bauernkampagne der KPD/ML

Freier Bauer in einem freien Deutschland

Auch in Deutschland sind die Bauern der wichtigste, mächtigste und entschiedenste Bundesgenosse der Arbeiter, und das Schicksal unserer Revolution hängt ab vom Bündnis der Arbeiterklasse mit den armen Bauern und unteren Mittelbauern.

In Schleswig-Holstein hat unsere Partei schon seit längerem mit der Arbeit auf dem Land begonnen. Auf der „Norla", einer landwirtschaftlichen Ausstellung in Rendsburg, wurde in den letzten Jahren regelmäßig Propaganda gemacht, es fanden Veranstaltungen und Bauerntreffs statt und wir geben eine Landzeitung, „Dat Rode Land", für den ganzen Bereich Wasserkante heraus.

Im Februar hat unsere Partei in vier Dörfern in Schleswig-Holstein Veranstaltungen durchgeführt, auf denen – bis auf eine Ausnahme – der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Ernst Aust, gesprochen hat.

Zur Vorbereitung einer jeden Veranstaltung gingen immer einige Genossen an zwei bis drei Wochenenden vorher in die entsprechende Gegend. Sie sprachen mit den Bauern und der übrigen Landbevölkerung, verteilten die Einladungen zur Veranstaltung und hängten die Plakate an den Schwarzen Brettern und in den Dorfkneipen aus. Außerdem luden sie die ländlichen Organisationen, wie Landjugend und Sport- und Feuerwehrverbände ein. Die Genossen wurden überall freundlich aufgenommen, führten vielfach ausgiebige Gespräche und knüpften viele wichtige Kontakte für die Partei. Auf den Veranstaltungen selbst waren nur die Genossen anwesend, die direkt bei der Bauernkampagne mitarbeiteten. Auf drei der vier Veranstaltungen war dadurch die Landbevölkerung in der Mehrzahl und der Verlauf der Veranstaltung wurde klar von ihr bestimmt.

Zu Beginn jeder Veranstaltung sang der Kieler Agitations- und Propagandatrupp „Rotes Sprachrohr" ein plattdeutsches Lied, das die Genossen extra für diese Veranstaltungen komponiert haben. Anschließend sprach dann Genosse Ernst Aust.

Gleich zu Anfang stellte er klar: „Ich bin Kommunist, der Vorsitzende der KPD/ML. Beim Wort ‚Kommunist' denkt mancher von Euch an drüben, an die DDR und an die Sowjetunion. Aber drüben, was ist da? Es nennt sich ‚Arbeiter- und Bauernstaat'. Ein ‚Arbeiter- und Bauernstaat', dem, gäbe es keine Mauern, Minen und Schießbefehl, seine Arbeiter und Bauern zu zigtausenden davonlaufen würden. **Drüben ist kein Sozialismus, kein Kommunismus. Drüben ist Kapitalismus, stattsmonopolistischer Kapitalismus.** Dort werden Arbeiter und Bauern genauso ausgebeutet wie hier. Dort sind die Bauern die Lohnsklaven eines Gutsbesitzers, der sich LPG-Vorsitzender nennt. **Drüben ist Sozialfaschismus."**

Genosse Ernst Aust sprach dann von der Gründung und vom Kampf unserer Partei gegen den modernen Revisionismus. Er sprach darüber, warum unsere Partei auch in der DDR kämpft, um dann zum eigentlichen Thema der Veranstaltung – „Freier Bauer in einem freien Deutschland" – zu kommen. „Ist der Bauer frei?", fragte er die Besucher der Veranstaltungen. „Nein. Ich bin kein Agrarexperte, aber ich habe einen Kopf und kann denken. Landwirtschaftsminister Ertl sagte vor kurzem in einem Interview, daß die Lage der Bauern ausgezeichnet sei und daß das Realeinkommen in diesem Jahr um mindestens 19% steigt. Wer kriegt die 19%? Ihr?" Genosse Ernst Aust wies anhand von Statistiken nach, daß das obere Viertel der Betriebe im Schnitt das sechsfache Einkommen des unteren Viertels hat. Die Politik der Bundesregierung sieht so aus, daß die Kleinen zum Aufgeben gezwungen werden, während alle Subventionen den Großen zugute kommen. So plant die Bundesregierung, daß es 1980 keine Vollerwerbsbetriebe mehr unter 70 ha geben soll, während heute die durchschnittliche Hofgröße bei 15,4 ha und in Schleswig-Holstein bei 32,9 ha. liegt. Offiziell soll demnach die Hälfte aller Vollerwerbsbetriebe zum Aufgeben gezwungen werden. Zu den 800 000 Bauern, die seit 1949 aufgeben mußten, sollen noch 340 000 hinzukommen. Das ist das größte Bauernlegen der deutschen Geschichte. 1925 ernährte ein Bauer vier Städter. Heute sind es vierzig. Verdient er heute aber auch zehnmal soviel?

Genosse Ernst sagte in seiner Rede weiter: „Wie ist die reale Lage der Bauern? Das Einkommen in der Landwirtschaft liegt 40% unter dem in der gewerblichen Wirtschaft. Das Mißverhältnis von Erzeuger- und Betriebsmittelpreisen führte seit 1949 zu Einkommensverlusten der Bauern von über 60 Milliarden DM. Die Schulden haben eine Rekordhöhe von 30 Mrd. DM erreicht. Damit ist ein Viertel des bäuerlichen Eigentums an Banken verpfändet. Das Einkommen in den Klein- und Mittelbetrieben liegt – bei einer 64-Stundenwoche – weit unter dem Stundenlohn in der Industrie. Die Kindersterblichkeit ist auf dem Land 50% über dem Bundesdurchschnitt, 80% der Bauernfrauen müssen mitarbeiten, davon die Hälfte acht und mehr Stunden, im Vergleich zu 50% der Arbeiterfrauen.

Wer sind die Feinde der Bauern?

Die Nahrungsmittelmonopole der EG. Sie haben Gewinnspannen von 50%. Sie diktieren den Bauern die Preise, so



daß sie Schritt für Schritt ihre Selbstständigkeit verlieren und praktisch zu Lohnarbeitern der Monopole, zu Sklaven auf eigener Scholle werden. Es sind die großen Handelsgesellschaften, der räuberische Zwischenhandel. Die Handelsspannen liegen oft zwischen 300 und 400 Prozent. Sie beziehen Waren in EG-Ländern, dort, wo sie am billigsten sind und drücken so die anderen. Die Weinbauern von Frankreich führen hiergegen seit Monaten einen erbitterten Kampf. Die Landmaschinen-, Dünge- und Futtermittelkonzerne nutzen die Bauern aus. Ihre Dividenden steigen in den letzten Jahren von 16 auf 25%. Die Raiffeisen-, Volks- und Regionalbanken halten die Bauern in ständiger Zinsknechtschaft. Es sind die westdeutschen Industriekonzerne, die zugunsten der Erhöhung ihrer Exporte die Regierung veranlassen, die Importquote für Nahrungsmittel zu erhöhen. So stiegen in den zehn Jahren von 1960/61 bis 1970/71 die Importe für Rindfleisch um 11%, für Getreide um 31%, für Wein um 73%, für Schweinefleisch um 94%, Kartoffeln um 187%, für Butter um 188%, für Frischobst um 247%. Es ist die kapitalistische Regierung, die zugunsten der Agrarkapitalisten, Großgrundbesitzer und Großbauern den Bauern das Land rauben, um der Industrie billige Arbeitskräfte zuzuführen. Heute verfügen Staat, Banken, Monopole und Großagrarier über 30% des gesamten Grundeigentums in der Bundesrepublik. Eure eigenen Verbandsführer, Großgrundbesitzer wie Baron Constantin, Freiherr von Heeremann (2 000 ha), nutzen die Empörung der Bauern, um für sich selbst Subventionen usw. zu kassieren. Sie profitieren persönlich vom Ruin der Klein- und Mittelbauern. Sie sind die Lobby in Bonn und direkt mit dem Kapital verbunden.

Früher waren die Bauern Leibeigene des Adels. Heute sind sie Leibeigene des Industrie- und Bankkapitals, von Nahrungsmittelkonzernen und Großhandel ausgeplündert, von eigenen Verbandsführern verraten, vom kapitalistischen Staat und der Regierung auf den Aussterbeetat gesetzt, dem Ruin preisgegeben. Eure Bauernführer sagen Euch, genauso wie die Gewerkschaftsführer den Arbeitern: Werdet ja nicht radikal. Wir sagen Euch: Werdet radikal, sonst erreicht ihr überhaupt nichts. Wir, die Arbeiter, stehen dabei an Eurer Seite. So wie sich die Arbeiter gegen Kapital, Staat und Gewerkschaftsapparat in der RGO zusammenschließen, müssen sich die Bauern innerhalb und außerhalb des Bauernverbandes zusammenschließen zu einer revolutionären Landvolkbewegung. In die revolutionäre Landvolkbewegung gehört, neben den Klein- und Mittelbauern auch die übrige ausgebeutete und unterdrückte Bevölkerung des Landes."

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Genosse Ernst Aust dann auf die nationale Frage und den Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr ein und erklärte, daß der Ausweg für die Bauern nur die sozialistische Revolution, der Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland an der Seite der Arbeiterklasse sein kann. Dann eröffnen sich auch den deutschen Bauern solch glänzende Perspektiven wie den Bauern in der VR China und der VR Albanien. Auf die kapitalistische Lügenpropaganda eingehend sagte Genosse Ernst Aust: „Wir werden Euch die Möglichkeit eröffnen Euren Hof **absolut freiwillig** in genossenschaftliches Eigentum zu überführen. Wir werden die Bauern nicht vom Land vertreiben, sondern ihnen alle Vorteile der Großproduktion und modernen Technik eröffnen."

Genosse Ernst Aust beendete seine Rede mit einem alten Friesenwort, das der Tradition der revolutionären Kämpfe der Bauern entstammt: **„Lewwer duad as Slav!"** und dem Aufruf an die Bauern gemeinsam mit der Partei das Programm der revolutionären Landvolkbewegung zu schaffen.

Nicht immer konnte der Genosse Ernst seine Rede voll zu Ende bringen. Oft gab es Zwischenbemerkungen, Fragen oder die Bauern ergänzten sie durch konkrete Beispiele. Typisch hierfür war die Veranstaltung in Moordiek, einem kleinen Dorf im Kreis Steinburg. Zu dieser Veranstaltung hatten sich an die 30 Bauern, fast das ganze Dorf eingefunden. – Zu Versammlungen der SPD oder CDU, so sagten sie uns später, kämen nur so 5 bis 6. Als Ernst auf die Lage auf dem Lande einging, sagten sie: **„Dat wet wi allens sülben, wi wüllt jie dat ännern, wo ist de Utwech?"**

Der Genosse Ernst änderte sofort seine Rede und ging verstärkt auf den Ausweg ein. Er erläuterte die Ziele der Partei und es kam praktisch zu einer regen, allgemeinen Diskussion. Dabei kam es zu solch drolligen Argumenten, wie sie ein Bauer vorbrachte, der sagte: **„Ihr seid ja gar keine Kommunisten, alles was ihr sagt, ist ja richtig."** Wir diskutierten mit Bauern an den Tischen noch bis tief in die Nacht. Und eines wurde überall deutlich, wenn die Bauern erst einmal den Unterschied zwischen uns und den modernen Revisionisten begriffen hatten, wurden sie viel aufgeschlossener. Besonderes Interesse zeigten sie auch an der nationalen Frage und fanden es ausgezeichnet, daß unsere Partei auch in der DDR existiert und auch dort gegen die Ausbeutung und Unterdrückung kämpft.

Aber auch die Wut der Klassenfeinde bekamen wir spüren. Zu der in Dithmarschen angesetzten Veranstaltung setzten sie den Wirt unter Druck, so daß wir uns in Schülp kurzfristig einen anderen Raum besorgen mußten. Zusätzlich liessen sie in der örtlichen Zeitung verbreiten, daß die Veranstaltung ausfällt. Auf der Veranstaltung in Bartelsdorf (Raum Schwarzenbeck) reisten Faschisten an und drehten aus den Reifen aller Besucher die Ventile heraus. Mit Hilfe einiger Dorfbewohner, die uns Ventile und einen Kompressor besorgten bekamen wir die Autos wieder fahrbereit. Außerdem riefen die Faschisten beim Wirt an und drohten ihm an, seine Kneipe anzuzünden. Seine Antwort darauf: **„Jetzt erst recht. Von mir aus könnt Ihr morgen wiederkommen."**

Ihr könnt wiederkommen, das war die Reaktion der Bauern auf allen Veranstaltungen. Eine große Anzahl von Bauern und Landbewohnern gab der Partei ihre Adresse und steht heute in festem Kontakt mit ihr. Uns aber zeigte die Bauernkampagne, trotz der sicher noch vorhandenen Skepsis mancher Bauern, welch große Möglichkeiten die Partei hier hat und daß die politische Linie der Partei die Massen erfaßt, wenn man sie ihnen nur in ihnen verständlichen Worten nahebringt. Für uns war diese Kampagne keine einmalige Sache. Wir werden die gemachten Erfahrungen auswerten, analysieren, um mit frischer Kraft – nach der Ernte – das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu schmieden.

Vom Aufbau des Sozialismus

DIE CHINESISCHEN ARBEITER – HERREN DES LANDES UND DER FABRIKEN

„Im neuen China sind wir Arbeiter die Herren unseres Landes und unserer Fabriken. In der alten Gesellschaft wurden wir ‚Kulis' genannt. Heute sind wir nicht nur an der Leitung der Fabriken beteiligt, sondern auch an der Verwaltung der Staatsangelegenheiten." Das sagt Tschou Lung-chiang, der im Alter von elf Jahren als Hafenarbeiter anfing und heute Vizevorsitzender des Revolutionskomitees eines Ingenieurbüros des Ministeriums für Energie und Wasserwirtschaft ist. Vor der Befreiung mußte Tschou Lung-chiang mit seiner Mutter in Schanghai betteln gehen und später Müllkübel wegräumen. Er putzte eine Zeitlang Schuhe und anschließend arbeitete er dann im Hafen. Er kennt die Unterdrückung durch die Ausbeuterklassen ganz genau. Als einer der Herren des Landes nahm er am 9. und 10. Parteitag der KP Chinas teil. Die Verfassung der VR China bekräftigt in Artikel 1 der allgemeinen Artikel: „Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht." Die Arbeiterklasse verwirklicht ihre führende Rolle durch ihre Vorhut, die KP Chinas. Zugleich vertraut die Partei fest auf die Arbeiterklasse und ermutigt sie, ihre führende Rolle in jedem Aspekt der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus wahrzunehmen. 1968 sagte der Vorsitzende Mao: „Die Arbeiterklasse ist die führende Klasse. Es ist entscheidend, die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Kulturrevolution und in allen Arbeitsbereichen voll zur Geltung zu bringen."

HERREN DES STAATES

"Eine große Anzahl hervorragender Arbeiter sind seitdem auf leitende Posten auf den verschiedenen Ebenen in der Partei, im Staat und in den Fabriken gestellt worden. In Peking und Schanghai allein sind seit 1968 mehrere zehntausend Arbeiterkader herangewachsen.

Eine Gruppe von Arbeitern mittleren Alters und jungen Arbeitern, die nach der Befreiung aufgewachsen sind, wurden auf dem 10. Parteitag der KP Chinas zu Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der Partei gewählt. Zwei von ihnen, Wu Kuei-Hsien, ein Textilarbeiter aus Schensi, und Ni Tschi-fu, ein Maschinenbauarbeiter aus Peking, wurden zu Kandidaten des Politbüros gewählt. Auf dem 4. Nationalen Volkskongreß im Januar 1975 war der Prozentsatz der Arbeiterabgeordneten so hoch wie nie zuvor.

Im Bereich der Kultur, des Erziehungswesens und in der Wissenschaft erobern die Arbeiter eine Stellung nach der anderen. In den Grund-, Mittel- und Hochschulen unterrichten Arbeiter und sie nehmen auch an der Leitung dieser Schulen teil.

HERREN DER FABRIKEN

Gewöhnliche Arbeiter sind die Herren der Fabriken und Zechen. In der „Betriebsverfassung des Eisen- und Stahlkombinats von Anschan", dem Vorbild dafür, wie in China die sozialistischen Betriebe geführt werden, stehen die Prinzipien: „Auswahl einer großen Zahl von leitenden Kadern der verschiedenen Ebenen aus der Arbeiterklasse" und „Die Arbeiter haben über alles, was in der Fabrik geschieht, das Recht mitzureden", an der ersten Stelle. Alle wichtigen Dinge, wie z. B die politische und ideologische Arbeit, die Richtlinien für die Direktion, die Produktionspläne und die Ausgaben werden unter den Arbeitern zur Diskussion gestellt. Häufig werden Arbeiterdelegiertenkonferenzen und andere Treffs veranstaltet, um wichtige Entscheidungen der Betriebe zu diskutieren. In den vergangenen Jahren haben viele Betriebe und Zechen Überwachungsgruppen aus Arbeitern gebildet, die die politische Arbeit und die Produktion überprüfen.

Die Arbeiter haben das Recht, die Denkweise und den Arbeitsstil der Betriebsleitung zu kritisieren, einschließlich des Rechts, große Wandzeitungen aufzuhängen. So haben z. B 5 Arbeiter einer Pekinger Maschinenfabrik eine Wandzeitung aufgehängt, in der sie den Arbeitsstil einiger Mitglieder des Parteikomitees kritisierten, warum sie sich vor der Teilnahme an der kollektiven Arbeit drückten, die eine wichtige Maßnahme zur Verhütung des Revisionismus ist. Das Parteikomitee hat diese Kritik begrüßt und seitdem alle seine Mitglieder zur Teilnahme an der kollektiven Produktionsarbeit angehalten.

Genosse Enver Hoxha bekräftigt:

Ruhmreiche chinesisch-albanische Freundschaft

Im Eisenhüttenkombinat Elbasan wurde die erste Gußeisenstraße der VR Albanien in Betrieb genommen. Die Inbetriebnahme ist ein großer Sieg der albanischen Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus und ein Ausdruck der tiefen albanisch-chinesischen Freundschaft: denn das Eisenhüttenkombinat wird mit brüderlicher Hilfe der VR China gebaut. Wir drucken im folgenden einen Bericht Radio Tiranas ab über den Empfang einer Gruppe von albanischen und chinesischen Arbeitern und Spezialisten beim 1. Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Enver Hoxha, ab.

Der 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genosse Enver Hoxha, empfing am 29. April im Amtssitz des Zentralkomitees eine Gruppe albanischer und chinesischer Arbeiter und Spezialisten, die am Bau und der Inbetriebnahme des Hüttenkombinats von Elbasan arbeiten und führte mit ihnen ein sehr warmherziges und herzliches Gespräch. An diesem Treffen nahmen teil die Mitglieder des Politbüros und Sekretäre des Zentralkomitees der Partei, Haki Toska, Hekuran Isai, Hysni Kapo, Ramiz Alia, das Mitglied des Politbüros des ZK der Partei und Minister für Industrie und Bergbau Pani Miska sowie das Mitglied des Zentralkomitees der Partei und Minister für Bauwesen Rahman Hanku.

Bewegend und unvergeßlich war der Augenblick, als die Arbeiter dem geliebten Führer der Partei und des albanischen Volkes ein einfaches, aber symbolisches Geschenk überreichten: Ein Lastwagenmodell aus dem ersten Gußeisen albanischer Herstellung. Der Reihe nach drückte Genosse Enver Hoxha ihnen die Hand und umarmte sie. „Es ist heute wirklich ein fröhlicher Tag für uns, die wir zusammen sind", sagte Genosse Enver Hoxha den bei dem Treffen anwesenden Arbeitern und Spezialisten. „Die Einweihung der Gußeisenkoksstraße des Hüttenkombinats ist ein großer politischer und wirtschaftlicher Sieg, der das sozialistische Albanien stärkt. Es ist das bedeutendste Werk, das die Arbeiterklasse unseres Landes unter Führung der Partei aufbaut, und stellt eine entscheidende Etappe in der Entwicklung unserer Industrie dar. Es ist das Werk, wo das Brot unserer Industrie hergestellt werden wird.

Im Namen des Zentralkomitees möchte ich Euch, albanische und chinesische Arbeiter und Spezialisten, erneut zu diesem großen Sieg beglückwünschen. Ihr, albanische und chinesische Genossen, habt als Kampfgenossen, als Brüder zusammengearbeitet und dieses große Werk vollbracht, das die ruhmreiche und unverbrüchliche Freundschaft zwischen dem albanischen und chinesischen Volk, zwischen unseren marxistisch-leninistischen Parteien weiter festigt, unsere Liebe zu dem hervorragenden Führer der Kommunistischen Partei Chinas und dem teuren Freund unseres Volkes, dem großen Marxisten-Leninisten, Genossen Mao Tsetung, vergrößert.

Ihr, Genossen, bringt dem albanischen Volk eine frohe Botschaft und einen großen Ansporn zum 1. Mai, dem Tag der internationalen Solidarität der Arbeiter. Mit diesem Werk zeigen wir dem Weltproletariat, was Sozialismus ist, was Diktatur des Proletariats ist, was wirklicher Internationalismus ist, zeigen wir ihm die glänzenden Ergebnisse der konsequenten Entfaltung des Klassenkampfes im Lande und auf der internationalen Arena."

Anschließend sprach Genosse Enver Hoxha über die gewaltige Arbeit und die zahlreichen und komplizierten Experimente, die man leisten wollte und die geleistet wurden, um dieses Werk zu bauen, bei dem der hohe revolutionäre Geist und das Können der chinesischen und albanischen Spezialisten stark zur Geltung kamen. Er hob hervor, daß die Partei der Arbeit Albaniens konsequent ihre korrekte marxistisch-leninistische Linie und Politik zur Industrialisierung des Landes verfolgt.

„Auf diesem Weg", sagte er, „ist unsere Partei auf allen Gebieten, besonders bei der Verarbeitung von Eisennickel, auf eine feindliche Tätigkeit der Sowjetrevisionisten und ihrer Vasallen gestoßen. Eine Zeit lang logen sie uns an, schließlich gelangten sie zu der kolonialistischen Schlußfolgerung, in Albanien könne ein Hüttenkombinat auf der Grundlage unseres Erzes nicht gebaut werden, sondern wir sollten das Erz in die Tschechoslowakei schicken, denn dort könne ein Kombinat gebaut werden. Und so sollten wir das Erz zu Preisen verkaufen, die sie uns aufgezwungen hätten. Das möchte ich sowohl den albanischen als auch den chinesischen Genossen gegenüber erwähnen, um zu betonen, was für grausame Feinde die Sowjetrevisionisten und die übrigen modernen Revisionisten waren und sind. Die große internationalistische Hilfe der Volksrepublik China löste erfolgreich dieses für unsere Wirtschaft wichtige Problem. Wir sind dem großen chinesischen Volk, der Kommunistischen Partei Chinas und Genossen Mao Tsetung dafür dankbar."

Genosse Enver Hoxha schätzte die große revolutionäre albanisch-chinesische Freundschaft hoch ein. „Diese Freundschaft beruht auf dem Marxismus-Leninismus und wird niemals sterben. Sollen die Feinde verleumden!" fuhr Genosse Enver Hoxha fort, „seit einiger Zeit läuft in der kapitalistisch-revisionistischen Welt eine Kampagne, als ob sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und Albanien abgekühlt hätten. Es gibt keine niederträchtigere Verleumdung. Uns verwundert das jedoch nicht. Denn die Feinde haben das getan und werden es weiter tun. Eine ungarische Zeitung erdichtete sogar, die Chinesen würden angeblich kein Material mehr für den Bau des Hüttenkombinats in Elbasan liefern, so daß es auf halbem Wege stehenbleibe. Dieses Geschreibsel der Ungarn griff die ganze Reaktion auf und verbreitete es. So handeln die Feinde unserer beiden Länder, die wildesten Feinde der Revolution und des Sozialismus und aller Völker", sagte Genosse Enver Hoxha.

„Gegen die Freundschaft unserer beiden Länder gehen auch die inneren Feinde und Verräter vor. Solche Feinde und Revisionisten, die sich der Linie der Partei entgegenstellten, wollten den Aufbau des Sozialismus sabotieren und die Fundamente unseres sozialistischen Vaterlandes aushöhlen. Die Partei der Arbeit ertappte sie, entlarvte sie und fegte sie hinweg. Sie wollten auch unsere Freundschaft mit dem Bruder-China, mit der Kommunistischen Partei Mao Tsetungs, zerstören und das Land mit den Sowjetrevisionisten verbinden.

Auch in China wird ein entschlossener Klassenkampf gegen die konterrevolutionäre, revisionistische Kapitulantenlinie Deng Hsiaopings geführt, der die richtigen Schlußfolgerungen der Großen Proletarischen Kulturrevolution in Frage zu stellen suchte und die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao umstoßen wollte. Doch das von der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzendem Mao Tsetung geführte große chinesische Volk erhob sich geschlossen und zeigte, daß diese Feinde wie Strohhalme sind angesichts eines großen Taifuns, wie der revolutionären Kraft des Marxismus-Leninismus.

Die Feinde, die gegen den Sozialismus, gegen die Kommunistische Partei Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens, gegen unsere unverbrüchliche Freundschaft vorgehen, können so eine vom Marxismus-Leninismus inspirierte Kraft nicht aufhalten, die alle revisionistischen Verschwörer überall wo sie sind, niederschlägt. Eine Person oder eine Gruppe von Personen kann eine gewisse Zeit lang unserer großen Freundschaft schaden, es wird ihr aber niemals gelingen, sie zu zerstören. Unsere marxistisch-leninistischen Parteien haben immer dafür gekämpft und gearbeitet und werden immer dafür kämpfen und arbeiten, unsere auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus beruhende unverbrüchliche Freundschaft weiter zu festigen und zusammenzuschweißen."



Anschließend schlug Genosse Enver Hoxha vor, einen Toast auf die Gesundheit aller chinesischen und albanischen Genossen, Arbeiter, Techniker, Spezialisten und leitenden Kader, auf die von ihnen geleistete Arbeit auszubringen, und gleichzeitig auf unsere marxistisch-leninistischen Bruderparteien, unsere unverbrüchliche Freundschaft und die Gesundheit unseres großen Genossen und teuren Freundes Mao Tsetung anzustoßen.

„Es ist eine außerordentliche Freude, daß wir die Ehre haben, mit Genossen Enver Hoxha, dem großen Führer des albanischen Volkes und treuesten Freund des chinesischen Volkes, zusammen zu sein", sagte Huan Ching Tschuan, Verantwortlicher der Gruppe chinesischer Spezialisten. „Niemals werden wir diesen so fröhlichen Tag vergessen. Unsere Freundschaft ist unverbrüchlich, weil sie auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus beruht." Genosse Enver unterhielt sich, umgeben von den chinesischen und albanischen Arbeitern und Spezialisten, mit Wärme weiter. Er sprach über die lichten Perspektiven unseres Landes. „Alles wird für uns gut verlaufen", sagte er, „sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft, denn wir haben eine heroische Arbeiterklasse, eine revolutionäre Bauernschaft, ein wunderbares Volk, das mit der Partei an der Spitze sicher auf dem Weg des vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft schreitet."

Maiberichte der "Roten Fahne"

Mit Lügen gegen unsere Partei

Auch nach dem 1. Mai versuchen die Führer der Gruppe Rote Fahne (KPD) mit Lügen und Unterstellungen ihre Spaltung der Aktionseinheit zum Roten 1. Mai zu rechtfertigen.

Im ROTEN MORGEN Nr. 17 haben wir aufgezeigt, daß die Aktionseinheit deshalb nicht zustandegekommen ist, weil für den Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK der GRF die Teilnahme am konterrevolutionären Regierungsmai des DGB wichtiger war, als starke, kämpferische Rote 1. Mai-Demonstrationen zu organisieren. **Die Führer der GRF stellten gleichzeitig die für unsere Partei unannehmbaren Bedingungen, die Roten 1. Mai-Demonstrationen zur Mittagszeit und teilweise, wie in Hamburg, wo sie die Innenstadt vorschlugen, durch menschenleere Gegenden zu führen.** Um ihre Bedingungen durchzusetzen, haben sie in einzelnen Orten zu der unehrlichen Methode gegriffen, den Genossen vorzuspiegeln, daß darüber mit dem ZK unserer Partei praktisch schon Einheit bestünde.

Daß diese Manöver Methode haben, wird klar in den Maiberichten der „Roten Fahne" Nr. 18. Dort heißt es: „Obwohl die KPD/ML-Führung die durch eine gemeinsame Erklärung mit der KPD eingegangene Aktionseinheit wieder absagte, beteiligten sich Organisationen der KPD/ML in Westberlin, München, Frankfurt, Bremen und Hannover an den roten Maidemonstrationen der Aktionseinheit." Es liegt auf der Hand, welcher Eindruck hier erweckt werden soll. Wer der „Roten Fahne" vertraut, muß glauben, daß die Genossen unserer Partei in den genannten Städten gegen den Willen des Zentralkomitees unserer Partei gemeinsam mit der GRF demonstriert haben. Umgekehrt wird allerdings ein Schuh für die Führer der GRF daraus. Unsere Partei hat im ROTEN MORGEN (Nr. 17/76) an die Adresse der Führer der GRF erklärt: „Noch ist es jedoch Zeit umzukehren und die Entscheidung zu revidieren. Die KPD/ML würde eine solche Umkehr herzlich begrüßen und käme sie auch noch einen Tag vor dem ersten Mai. Wenn allerdings nicht – dann sollten sich alle Genossen und Sympathisanten der GRF (KPD) und ihrer Massenorganisationen überlegen, ob sie sich am 1. Mai nicht für das andere Lager entscheiden und an den Roten 1. Mai-Demonstrationen der KPD/ML teilnehmen." **Die gemeinsamen Demonstrationen kamen zustande, obwohl die Führer der GRF die Aktionseinheit gebrochen haben. Besonders deutlich zeigt dies das Beispiel Bremen, wo es den Genossen unserer Partei im Kampf um die Aktionseinheit gelang, zu erreichen, daß sich die GRF nicht am reaktionären Regierungsmai beteiligt.** Darüber hinaus muß festgestellt werden, daß sich in diesem Jahr viele Genossen, die noch vor einem Jahr im Block der GRF demonstrierten, diesmal in die Roten 1. Mai-Demonstrationen der Partei einreihten.

Wir möchten noch auf einen weiteren Punkt der Berichterstattung der „Roten Fahne" eingehen. Die „Rote Fahne" behauptet z. B., daß sich in Dortmund annähernd 2 000 Menschen an der Demonstration der GRF beteiligt haben. In Wirklichkeit waren es ca. 1 000. Auch in Westberlin übertreibt die „Rote Fahne" „ein wenig". Nicht 4 000 Menschen haben sich an der Demonstration der Aktionseinheit beteiligt, sondern es waren 3 000. Die Reihe dieser Übertreibungen ließe sich weiter fortsetzen.

Ganz offensichtlich haben es die Führer der GRF schwer, für ihre spalterische Linie gute Argumente zu finden. Daher die Lügen und Unterstellungen gegen unsere Partei, die Übertreibungen, was ihre eigene Stärke angeht. Die Führer der GRF werden, wenn sie auf diesem Weg weitergehen, unbedingt Schiffbruch erleiden.

Prozeß gegen Genossen Sascha

18 Monate Gefängnis ohne Bewährung!

Der Berufungsprozeß des Genossen Sascha Haschemi ist beendet. Die bürgerliche Klassenjustiz fällte ein Terrorurteil. Genosse Sascha Haschemi wurde zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Er durfte das Gefängnis, in dem er monatelang in Untersuchungshaft gehalten worden war, nicht einmal mehr verlassen.

Das Gerichtsgebäude war bereits vor Prozeßbeginn vollständig von Polizei abgeriegelt worden. Vor dem Gerichtssaal wurden die Pässe der Zuschauer von Polizisten kontrolliert. Taschen durften nicht mit in den Saal genommen werden.

Zu Beginn des Prozesses gab Genosse Sascha eine Erklärung zur Person ab, in der er einging auf die Versuche der westdeutschen Bourgeoisie, ihn als Kommunisten in den Iran abzuschieben und den Henkersknechten des Schah auszuliefern. Er zeigte auf, daß es angesichts dieser Bedrohung notwendig war, in die Illegalität zu gehen bis der Sieg im Kampf um seine Einbürgerung errungen war. Über 25 000 Menschen unterstützten ihn in seinem Kampf mit Protestresolutionen. Sascha, der gegenwärtig von der bürgerlichen Klassenjustiz in Untersuchungshaft gehalten wird, beantragte, die Haft sofort aufzuheben, da, nach dem erfolgreichen Kampf um seine Einbürgerung, der Vorwand der „Fluchtgefahr" hinfällig ist. Der Antrag wurde vom Gericht jedoch abgelehnt.

In einer Erklärung zur Sache verteidigte Genosse Sascha den Kampf der Partei am Münchner Karlstor während der Roten Antikriegstags-Demonstration 1972, wo die Partei sich gegen das Demonstrationsverbot in der Innenstadt das Recht auf freie Straße gegen die angreifende Polizei erkämpfte.

Am zweiten Prozeßtag wurden die Zeugen der Staatsanwaltschaft noch einmal vernommen. Diese Aussagen bestanden aus reiner Hetzpropaganda gegen die KPD/ML. Da war unter anderem der Polizeibeamte Forstner, der inzwischen bei allen Antikriegstagsprozessen als „Berufszeuge" bekannt ist. Er verbreitete wahre Horrorgeschichten, wobei er von einem anderen Zeugen nur noch übertroffen wurde: einem „Bild"-Reporter. Man merkte, dieser Mann kam „vom Fach". Da seien von der KPD/ML während der Demonstration Kinderwagen überrollt worden, Polizisten mit Eisenstangen angegriffen und niedergeschlagen worden und nur die arme Polizei, die war ganz friedlich. Soweit es, außer der Hetze, um Tatsachen ging, widersprachen sich jedoch alle Zeugen der Staatsanwaltschaft gegenseitig. Den Zuschauern wurde deutlich: Diese Zeugen dienten nicht etwa der „Wahrheitsfindung", sondern sollen die Rechtfertigung für die Verurteilung des Genossen Sascha liefern.

FREIHEIT FÜR GENOSSEN SASCHA!

Erneuter Prozeß gegen Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert

Am 21. Mai soll in Hamburg ein Berufungsprozeß der bürgerlichen Klassenjustiz gegen die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert stattfinden. In dem Prozeß wird erneut die Ausgabe des ROTEN MORGEN Nr. 23/1973 verhandelt.

Der ROTE MORGEN hatte während des damaligen Höhepunktes der Steiner-Wienand-Bestechungsaffäre unter der Überschrift: „Bonner Parlamentarier – korrupt bis auf die Knochen" das bürgerliche Parlament als „Schwatzbude" bezeichnet und erklärt, daß es nichts anderes verdient, als im revolutionären Kampf der Massen auseinandergejagt zu werden. Bundestagspräsidentin Renger hatte daraufhin Klage gegen den ROTEN MORGEN erhoben. Im November 1974 waren daraufhin Genosse Ernst als verantwortlicher Redakteur zu 2 000 DM und Genosse Gernot als Verleger zu 1 500 DM Geldstrafe verurteilt worden. Gegen das Urteil war Berufung eingelegt worden, die jetzt verhandelt werden soll.

Der 1. Mai in aller Welt

„Überall auf der Welt schließt heute das Proletariat seine Reihen noch fester und führt heftige Klassenschlachten gegen seine Feinde", sagte Genosse Hekuran Isai, Mitglied des Politbüros der Partei der Arbeit Albaniens, auf dem 1. Mai vor den Werktätigen Tiranas. Und in der Tat: Der 1. Mai wurde in der ganzen Welt von der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen begangen als ein revolutionärer Kampftag gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Freiheit und Sozialismus.

VOLKSREPUBLIK CHINA

Das chinesische Volk feierte an diesem 1. Mai vor allem den Sieg über die reaktionäre Deng-Hsiao-ping-Clique und den Wind von rechts. Auf allen Kundgebungen und Veranstaltungen zum 1. Mai drückte es seine Zustimmung aus zu den beiden Beschlüssen des Zentralkomitees über den Ausschluß Deng Hsiao-pings aus dem Staatsapparat und den hohen Parteifunktionen. Es verurteilte einmütig die konterrevolutionären Ereignisse auf dem Tien An Men Platz.

Überall im Land fanden große Veranstaltungen statt, mit Musik, Tanz und Gesang. In Peking beispielsweise waren Straßen und Plätze geschmückt mit Fahnen, Transparenten, Bildern und großen Wandzeitungen, auf denen die neuen Gedichte des Vorsitzenden Mao geschrieben standen. Unter Anwesenheit zahlreicher Führer der Partei und des Staates fand eine große Kundgebung auf dem Tien An Men Platz statt. Im Laufe des Tages wurden an den verschiedensten Plätzen, Theatern, Sportanlagen, in Betrieben und Stadtteilen künstlerische und akrobatische Darbietungen veranstaltet. In den Gesängen, Gedichten und Theaterstükken, die die Werktätigen selbst verfaßt hatten, drückten sie ihre tiefe Verbundenheit aus gegenüber der Partei und versicherten, daß sie ihre Kräfte noch besser anspannen würden zum Aufbau und zur Verteidigung des Sozialismus.



CHINA: Kinder der Hauptstadt Peking begrüßen am 1. Mai ausländische Gäste mit Gesang und Tanz.

VOLKSREPUBLIK ALBANIEN

Das albanische Volk beging diesen 1. Mai voller revolutionärem Optimismus, mit dem berechtigten Stolz auf die wichtigen Siege beim sozialistischen Aufbau. In diesem Jahr feiert das albanische Volk zugleich den 35. Jahrestag der Parteigründung. Und kurz vor dem 1. Mai waren wichtige Entscheidungen getroffen worden, die einen weiteren Fortschritt bedeuten beim Aufbau des Sozialismus. So kamen am 1. Mai die Volksmassen zusammen unmittelbar nach der großen Volksaussprache über den neuen Verfassungsentwurf der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, bei der Groß und Klein beigetragen hatte, um den Staat der Diktatur des Proletariats weiter zu festigen. Nur vier Wochen zuvor hatte das Zentralkomitee der Partei und der Ministerrat Maßnahmen beschlossen zur Senkung der hohen Löhne, zur Verbesserung des Lohnsystems sowie über Maßnahmen zur Verringerung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land. Ebenfalls kurz vor dem 1. Mai errang das albanische Volk einen weiteren Sieg: Das erste Gußeisen konnte im neuerrichteten Stahlwerk von Elbasan fertiggestellt werden.

Angesichts dieser hervorragenden Erfolge begrüßten die Werktätigen in Tirana voller Begeisterung die Genossen Enver Hoxha, Mehmet Shehu, Haxhi Lleshi und andere Mitglieder der Partei- und Staatsführung, die auf der Tribüne den Vorbeizug der Massen entgegennahmen. Auch zahlreiche ausländische Gäste nahmen teil an dem begeisternden Fest des albanischen Volkes, darunter auch eine Delegation revolutionärer Arbeiter aus der Bundesrepublik Deutschland.

EINDRÜCKE VOM 1. MAI IN DER VR ALBANIEN

Am 1. Mai schilderte der Leiter der Delegation revolutionärer Arbeiter aus der Bundesrepublik, Genosse Jochen Beyer, seine Eindrücke vom 1. Mai in der VR Albanien über Radio Tirana:

„Mein größter Eindruck bei der Maidemonstration war die Geschlossenheit des Volkes mit der Partei der Arbeit Albaniens, die sich in dieser Demonstration ausdrückte (...) Ein weiterer wichtiger Eindruck war, daß wir gesehen haben, daß wir nicht allein stehen im Kampf gegen Imperialismus, gegen die beiden Supermächte und gegen die Feinde, gegen alle Feinde und Reaktionäre in den Ländern, sondern daß wir die Unterstützung haben vom albanischen Volk (...) Ein ganz großer Eindruck, den ich hatte, war auch, wie das albanische Volk seine großen Siege und Errungenschaften gefeiert hat (...), daß sie mit Parolen zum Ausdruck gebracht haben, daß sie ihre Siege, die sie errungen haben, weiter festigen werden, und daß auf keinen Fall die Diktatur des Proletariats in irgendeiner Art entarten wird. Das hat klar zum Ausdruck gebracht, daß in Albanien die Arbeiterklasse die Diktatur ausübt, daß sie die Macht hat. Ich habe mich besonders gefreut, daß ich diesen 1. Mai in Albanien erleben konnte."

INDOCHINA

Die Völker **Kambodschas** und **Vietnams** begingen den diesjährigen 1. Mai ganz im Zeichen der Freude und des Triumphes über ihre Befreiung vom Imperialismus und beim Aufbau ihrer Länder. Das kambodschanische Volk kann voll Stolz zurückblicken auf ein Jahr des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus. Auch in **Laos** demonstrierten mehrere zehntausend Menschen in Anwesenheit der Staatsführer.

In **Japan** nahmen einige Millionen Menschen an den Demonstrationen und Kundgebungen zum Tag der internationalen Solidarität teil. Allein an einer Kundgebung in Tokio nahmen über 180 000 Werktätige teil. Die Teilnehmer trugen Transparente mit, auf denen entschieden die Bemühungen der Kapitalisten gebrandmarkt wurden, die großen Schwierigkeiten, in denen das Land steckt, auf die Schultern der werktätigen Massen abzuwälzen. Nach der Kundgebung marschierten sie durch die Straßen der Stadt.

NAHOST

Auf dem Westufer des Jordan, das die israelischen Zionisten besetzt halten, kam es während der 1. Mai Demonstration zu schweren Kämpfen mit der israelischen Polizei und Armee. Die arabischen Volksmassen errichteten Barrikaden und bewarfen die Besatzertruppen mit Steinen. Daraufhin eröffneten die Zionisten das Feuer auf die Menge. Ein junger Mann aus Nablus wurde erschossen, drei weitere schwer verletzt. Trotzdem konnten die israelischen Soldaten nicht verhindern, daß Hochrufe auf die PLO ausgebracht und die verbotene Rote Fahne der Revolution getragen wurde.

In **Ägypten** betonte Präsident Sadat anläßlich der Maikundgebungen die Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem ägyptischen Volk und verurteilte die Einmischungsversuche der russischen Sozialimperialisten im Nahen Osten.

WESTEUROPA

In **Spanien** waren sämtliche Aktionen anläßlich des 1. Mai von vorneherein verboten. Dennoch versammelten sich in verschiedenen Städten Tausende von Menschen zu kurzen Kundgebungen und Demonstrationen. Die Polizei ging brutal gegen die Massen vor. Zwei Demonstranten wurden durch Polizeikugeln verwundet. Bereits in den Tagen vor dem 1. Mai wurden „vorsorglich" Hunderte von Menschen verhaftet. Alle strategisch wichtigen Punkte der Großstädte waren von Polizei und Soldateska besetzt. In Barcelona kam es zu schweren Kämpfen zwischen Polizei und Demonstranten. Nach offiziellen Angaben wurde mehrere hundert Menschen im Laufe des 1. Mai im ganzen Land verhaftet. Im Baskenland wurde ein Polizist der Guardia Civil in die Luft gesprengt beim Versuch, eine baskische Nationalflagge herunterzureißen. Ein anderer wurde verletzt.



Tausende demonstrierten zum ersten Mal unter den Fahnen der in diesem Jahr gegründeten PCP(R), wie hier in Lissabon im „Stadion 1. Mai."

In **Portugal** demonstrierten am 1. Mai unter Führung der Partei und der UDP mehrere tausend Menschen in Lissabon, Beja, Funchal, Porto und S. Joao da Madeira. Die Demonstranten stammten aus allen Schichten des Volkes: Arbeiter, Bauern, die teilweise mit ihren Traktoren kamen, Studenten, Professoren, Schüler. Die Arbeiter äußerten sich empört über das reaktionäre Antistreikgesetz, an dem die modernen Revisionisten maßgeblich mitgearbeitet hatten und riefen Parolen gegen die Einmischungsversuche der Supermächte und die Repressalien des CIA.

Die Genossen in **Belgien** hatten am Morgen ihre Zeitung „Clarte" verkauft und für den Nachmittag zu einer Parteiveranstaltung aufgerufen. Revolutionäre Filme wurden gezeigt, ein Redner der Partei sprach zu den Fragen der Partei und der Einheit der Marxisten-Leninisten sowie über den Kampf gegen die beiden Supermächte.

Mehrere tausend Menschen demonstrierten in **London**. Am Nachmittag versammelten sich über 500 Freunde und Genossen zu einer Veranstaltung der Kommunistischen Partei Englands/Marxisten-Leninisten.



In FRANKREICH gelang es den Marxisten-Leninisten eine breite Aktionseinheit zum 1. Mai zu bilden. Etwa 7 000 Menschen sammelten sich vor der Bastille unter den roten Fahnen der Aktionseinheit, an der die illegale KPF/ML, die Kommunistische Jugend Frankreichs/Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Organisationen teilnahmen. An der Spitze des Zuges wurde ein Transparent getragen mit der Forderung nach Freilassung des Genossen Le Gall, der wegen angeblicher Mitgliedschaft in der KPF/ML eingekerkert ist sowie mit der Losung: „Aufhebung des Verbotes der KPF/ML!" Auch ausländische marxistisch-leninistische Organisationen hatten sich eingereiht.

In **Schweden** fanden in 55 Städten Demonstrationen und in 23 weiteren Städten Kundgebungen unter Führung der Kommunistischen Partei Schwedens statt, an denen sich insgesamt 18 000 Menschen beteiligten. In einigen Städten reihten sich mehr Menschen in die revolutionären Maidemonstrationen ein, als in die der Revisionisten und Sozialdemokraten. Die Reden der Partei richteten sich in erster Linie gegen den Abbau sozialer Rechte in Schweden und gegen die Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte. Vor allem die Fischer in den Küstengebieten protestierten gegen das Eindringen sowjetischer Schiffe in schwedische Hoheitsgewässer. In Stockholm, wo 5 500 Menschen auf der Straße waren, wurde eine Grußbotschaft Yassir Arafats verlesen.



In 110 Städten NORWEGENS demonstrierten über 20 000 Werktätige unter roten Fahnen. die Kommunistische Arbeiterpartei/Marxisten-Leninisten war ein breites Aktionsbündnis mit anderen revolutionären Organisationen, mit Gewerkschaftsgruppen, antiimperialistischen Gruppen und Ausländerorganisationen eingegangen. Allein in Oslo demonstrierten mehr als 10 000 Menschen. Auf der Schlußkundgebung sprach Genosse Pal Steigan, Vorsitzender der AKP/ML, zur wachsenden Kriegsgefahr durch die Supermächte.

Rede des Genossen Gernot Schubert vor Gericht

"Der ROTE MORGEN wird weiterhin die Verbrechen dieses kapitalistischen Staates beim Namen nennen"

„Warum stehe ich hier vor Gericht? Weil die Bourgeoisie den Marxismus-Leninismus ausschalten, weil sie den ROTEN MORGEN und die gesamte marxistisch-leninistische Propaganda der Partei verbieten will. Dies ist der Kern der Anklage. Das zeigt sich in der Anklageschrift sehr deutlich.

Dort heißt es an einer Stelle:,*In allen zitierten Passagen sollen die Bundesrepublik Deutschland und deren verfassungsmäßige Ordnung erkennbar auch dann getroffen werden, wenn u.a. von der ,Bourgeoisie', der ,Ausbeuterordnung', der ,Ausbeuterherrschaft', dem ,imperialistischen Unterdrückersystem', ,westdeutschen Imperialismus' und dem ,Ausbeuterstaat' gesprochen wird.'* An anderer Stelle wird ergänzt, daß diese Begriffe aus der Ideologie des Angeklagten und der Ideologie der KPD/ML heraus verstanden werden müssen.

Diese Stelle in der Anklageschrift ist bezeichnend für die Schärfe der Pressezensur, die in der Bundesrepublik herrscht. Zeigt sie doch, daß die Bourgeoisie nicht nur die Propagierung der revolutionären Gewalt fürchtet – und zum Beispiel mit dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz verbietet –, sondern daß der Staatsanwalt bereits dann in Aktion tritt, wenn man die kapitalistischen Verhältnisse mit marxistisch-leninistischen Begriffen beim Namen nennt. Mit anderen Worten: die Bourgeoisie hat ihre Verteidigungslinie gegenüber der Revolution, gegenüber dem Marxismus-Leninismus vorverlegt. Sie verbietet heute bereits die Erkenntnis der kapitalistischen Wirklichkeit auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, weil sie oft genug die Erfahrung gemacht hat, daß es von der Erkenntnis des Kapitalismus nicht mehr weit ist zu der Schlußfolgerung, daß dieses kapitalistische System nichts anderes verdient, als in der sozialistischen Revolution gestürzt zu werden.

WARUM SPRECHEN WIR VON „BOURGEOISIE" ODER „AUSBEUTERSTAAT"?

Weil es sich hierbei um Begriffe handelt, die zuerst Marx und Engels aus ihrer wissenschaftlichen Analyse des Kapitalismus entwickelt haben. Und weil diese Begriffe auch heute zutreffen. Marx sagt im Kommunistischen Manifest:

,Die wesentliche Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisie ist die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit.' Und Engels sagte:

,Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zuhalten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird, und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse.' Und kurz zusammengefaßt: *„...der moderne Repräsentativstaat ist Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital.'* Zweifellos treffen diese Feststellungen auch auf die Bundesrepublik, die ein kapitalistischer Staat ist, zu. Stellt man das aber fest, so ist das bereits ein Fall für den Staatsanwalt. Die Staatsanwälte und Richter bedienen sich in ihrem Kampf gegen den Marxismus-Leninismus der bürgerlichen Wissenschaft. So heißt es etwa im ,Kleinen Brockhaus' unter dem Stichwort ,Ausbeutung':,*Ausbeutung ist die übernormale Inanspruchnahme der menschlichen Arbeitskraft.'* Scheinbar gibt also auch die bürgerliche Wissenschaft zu, daß es Ausbeutung gibt. In Wirklichkeit aber stellt sie die Angelegenheit auf den Kopf. Sie erklärt die Ausbeutung, die doch in Wirklichkeit die ,*wesentliche Bedingung für die Existenz der Bourgeoisie*' ist, zu einer Ausnahme. Warum, ist klar. Die Werktätigen sollen die ,normale' kapitalistische Ausbeutung und damit die Existenz der Bourgeoisie als etwas Notwendiges, Naturgegebenes akzeptieren. Deshalb will uns auch dieses Gericht verbieten, von ,Ausbeuterordnung' zu schreiben.

Aber wir denken nicht daran, das zu tun. Wir kämpfen für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für den Sturz dieses Ausbeuterstaates in der bewaffneten Revolution.

WARUM SPRECHEN WIR VOM „WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS?"

Weil der Kapitalismus sich heute im Stadium des Imperialismus befindet. Das ist auch der Grund dafür, weshalb auch dieser Begriff in der Anklageschrift auftauchen muß. Was ist Imperialismus? Imperialismus ist das höchste und zugleich letzte Stadium des Kapitalismus. Lenin hat wissenschaftlich entwickelt, daß den Imperialismus fünf entscheidende Merkmale charakterisieren. Diese Merkmale treffen auf jeden imperialistischen Staat zu, auch auf die Bundesrepublik.

Das erste Merkmal ist:

,Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen.'

Trifft dieses Merkmal auf die Bundesrepublik zu? Zweifellos. Kein Mensch wird bestreiten, daß heute in der Bundesrepublik Monopole existieren und daß sie die entscheidende Rolle im Wirtschaftsleben spielen.

Das zweite Merkmal ist:

,Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ,Finanzkapitals'.' Trifft das auf die Bundesrepublik zu? Zweifellos. Kein Mensch kann bestreiten, daß es Finanzkapital in der Bundesrepublik gibt. Selbst die Kapitalisten geben diese Tatsache – für sich genommen – ohne weiteres zu.

Das dritte Merkmal ist:

,Der Kapitalexport, im Unterschied zum Warenexport gewinnt besonders wichtige Bedeutung.' Auch dieses Merkmal trifft auf die Bundesrepublik vollkommen zu. Die Kapitalisten machen durchaus kein Geheimnis daraus, daß gerade in den letzten Jahren der Kapitalexport gegenüber dem Warenexport weiter an Bedeutung gewonnen hat.

Das vierte Merkmal ist:

,Es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen.' Auch dieses Merkmal trifft auf die Bundesrepublik vollkommen zu. Selbst die Bundesregierung spricht ja von ,Multis' – dann nämlich, wenn sie die Bewegungsfreiheit westdeutscher Konzerne stören.

Das fünfte Merkmal ist:

,Die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.'

Damit meint Lenin keineswegs, daß der Imperialismus das Zeitalter des Friedens ist, weil die Welt aufgeteilt, keine ,weißen Flecken' mehr zu erobern sind. Im Gegenteil, Imperialismus bedeutet Krieg; Krieg um die Neuaufteilung der bereits aufgeteilten Welt.

Zusammenfassend stellt Lenin fest: *,Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.'*



Aus diesem, von Lenin wissenschaftlich entwickelten Wesen des Imperialismus, folgt seine grundlegende Aggressivität. Der Imperialismus ist nicht zufrieden mit der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen eines Landes. Er will möglichst die Werktätigen der ganzen Welt ausbeuten und unterdrükken. Weil es aber nicht nur einen Imperialismus auf der Welt gibt, sondern mehrere, folgt daraus notwendig: *,...für den Imperialismus (ist) wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie, d.h. nach der Eroberung von Ländern, nicht so sehr direkt für sich als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung seiner Hegemonie.'* All das heißt eben zusammengenommen: Imperialismus bedeutet Faschismus und Krieg. Als Lenin sein Werk *,Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus'* schrieb, wütete in Rußland die zaristische Selbstherrschaft. Obwohl Lenin auf Grund des in Europa berüchtigten zaristischen Terrors sein Werk in einer ,Sklavensprache' schreiben mußte, konnte er doch offen und ungestraft von ,Imperialismus' sprechen. Ich stehe dagegen hier unter anderem deshalb vor Gericht, weil der ROTE MORGEN die Bundesrepublik als ,Imperialismus' bezeichnet.

Warum hat die Bourgeoisie die Zensur gegenüber der kommunistischen Presse und Literatur so weit verschärft?

Das hat seinen Grund darin, daß Lenin sein Werk zu einer Zeit schrieb, kurz nachdem der Kapitalismus in das Stadium des Imperialismus eintrat. Inzwischen ist der Imperialismus einige Jahrzehnte alt. Lenin und alle kommunistischen Parteien haben sein Wesen schonungslos entlarvt. Er ist bei den Völkern der Welt auf Grund seiner Verbrechen verhaßt. ,Imperialismus' ist in dieser Zeit ein Schimpfwort geworden.

Nehmen wir den deutschen Imperialismus.

Seine Geschichte ist eine Geschichte des Blutvergießens und des Massenmordes. Er hat den 1. Weltkrieg, und damit das bis dahin grösste Massenmorden in der Geschichte der Menschheit angezettelt. Er ist mit der Errichtung der faschistischen Diktatur zum bis dahin grausamsten Unterdrückersystem in der Geschichte der Menschheit geworden. Er hat den zweiten Weltkrieg angezettelt, der wiederum das bis dahin größte Massenmorden in der Geschichte war. Wer aber seine Geschichte mit dem Blut von Millionen und Abermillionen Werktätiger geschrieben hat wie der deutsche Imperialismus, der hat natürlich allen Grund, den Gebrauch des Begriffs ,Imperialismus' zu verbieten. Denn er hat allen Grund zu fürchten, daß die Werktätigen aus dieser Geschichte die einzig richtige Schlußfolgerung ziehen. Die Schlußfolgerung nämlich, daß man diesen imperialistischen Staat stürzen muß, um auf seinen Trümmern die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Die Bourgeoisie hat noch einen weiteren Grund, die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Theorie über den Imperialismus zu fürchten. Denn der Imperialismus ist nicht nur das höchste, sondern auch das letzte Stadium des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist am Ende seiner Entwicklung angelangt. Er muß mit unausweichlicher Notwendigkeit dem Sozialismus und der kommunistischen Gesellschaft Platz machen. Daran wird die Bourgeoisie natürlich nicht gerne erinnert. Vor allem aber möchte sie verhindern, daß das Proletariat, das sie heute noch ausbeutet und unterdrückt, die Gewißheit gewinnt, daß die Bourgeoisie bald eine gestürzte Klasse sein wird.

WARUM SPRECHEN WIR VON DER DIKTATUR DER BOURGEOISIE?

Eine weitere Feststellung, die die Bourgeoisie dem ROTEN MORGEN immer wieder sehr übel nimmt, ist die Feststellung über die „angebliche Demokratie" in der Bundesrepublik. Warum? Man sagt, getroffene Hunde bellen. Nehmen wir einmal an, die Bundesrepublik wäre tatsächlich eine Demokatie. Hätte die Bourgeoisie es dann nötig, uns so fieberhaft zu verfolgen, wenn wir von ,angeblicher Demokratie' sprechen? Nein, das hätte sie nicht nötig, weil die Wirklichkeit selbst uns ja widerlegen würde. Aber die Wirklichkeit bestätigt eben nicht die Sprüche, die die Bourgeoisie über die ,freiheitlich-demokratische Ordnung' klopft. Die Wirklichkeit bestätigt die Feststellungen des ROTEN MORGEN. Tatsächlich gibt es in der Bundesrepublik – wie in jedem kapitalistischen Staat – keine Demokratie für die Werktätigen, sondern lediglich für eine handvoll Kapitalisten, die eine Diktatur über die Mehrheit des Volkes ausüben. Deshalb, weil der ROTE MORGEN die Wahrheit schreibt, will die Bourgeoisie ihn ausschalten.

Im Osten wie im Westen übt die Bourgeoisie eine Diktatur über die Werktätigen aus. Hier nennt die Bourgeoisie ihre Diktatur ,freiheitlich-demokratische Grundordnung'. Drüben ist die Bourgeoisie noch unverschämter und nennt ihre faschistische Diktatur sogar Sozialismus/Kommunismus. Genauso könnte man an eine alte Bruchbude, in der kein Mensch mehr wohnen will, ein Schild hängen: das schönste Haus der Welt. Bloß, nützt das natürlich nichts. Eine Bruchbude bleibt eine Bruchbude, und wenn man 10 Reklameschilder daranhängt. Eine bürgerliche Diktatur bleibt eine bürgerliche Diktatur, und wenn sie sich 10mal ,freiheitlich-demokratische Ordnung' oder ,Sozialismus/Kommunismus' nennt.

Lenin hat das treffend gekennzeichnet, als er sagte:

,Man nehme die Grundgesetze der modernen Staaten, man nehme die Methoden, mit denen sie regiert werden, man nehme die Versammlungs- und Pressefreiheit, die ,Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz' – und man wird auf Schritt Tritt die jedem ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter wohlbekannte Heuchelei der bürgerlichen Demokratie erblicken. Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern bei Verstößen gegen ,Ruhe und Ordnung' – in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein ,verstößt' und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhalten – Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen.'

Diese Feststellung trifft voll auf die Bundesrepublik zu. Mit dem einen Unterschied, daß sich die ,Demokratie' weiterentwickelt hat. Aus den ,Hintertürchen', von denen Lenin sprach, sind heute, wie Genosse Ernst Aust feststellte, wahre Scheunentore geworden. Denn die Bourgeoisie hat nicht nur Gesetze für die tagtägliche Unterdrükkung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Sie hat bereits die Notstandsgesetze, die nichts anderes sind als ein Ermächtigungsgesetz, auf deren Grundlage die Bourgeoisie legal eine erneute faschistische Diktatur ausüben kann und will, wenn die ausgebeutete Klasse sich gegen ihr Sklavendasein erhebt.

An dieser Stelle unterbricht der Richter: „Herr Schubert, Lenin war längst tot, als die Bundesrepublik gegründet wurde, das wissen Sie doch. Sie haben jetzt 30 Minuten geredet und fast nichts zur Anklageschrift gesagt."

Gernot erklärt, daß es schließlich die Staatsanwaltschaft war, die ihn auf Grund seiner marxistischen Ideologie angeklagt hat; genauso wie sie den ROTEN MORGEN wegen der Propagierung des Marxismus-Leninismus verbieten will.

Richter: „Hier soll nicht der ROTE MORGEN verboten werden. Hier geht es allein um die strafrechtlichen Grenzen, die nach Ansicht der Staatsanwaltschaft überschritten wurden. Dazu haben sie fast nichts gesagt. Sie haben nur Lenin zitiert."

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Gernot: „Ich habe Lenin zitiert und bewiesen, daß seine Feststellungen voll auf die Verhältnisse in der Bundesrepublick zutreffen. Und wo Lenins Feststellungen auf Grund der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ergänzt werden müssen, habe ich das getan. Ich habe z. B. erklärt, daß es heute nicht mehr Hintertürchen sind, die die Bourgeoisie sich offenhält, sondern Scheunentore. Lenin hat sich übrigens auch zur ,Demokratie' in Deutschland geäußert. Er hat gesagt:

,Die ,Freiheit' in einer der fortschrittlichsten und freiesten Republiken der Welt, der deutschen Republik' – das traf damals zu – **,ist die Freiheit, ungestraft verhaftete Führer des Proletariats zu erschlagen. Das kann auch gar nicht anders sein, solange sich der Kapitalismus hält, denn die Entwicklung des Demokratismus schwächt den Klassenkampf nicht ab, sondern verschärft ihn.'** Der Mord an unserem Genossen Günter Routhier ist ein Beweis dafür, daß diese Feststellung auch auf den westdeutschen Imperialismus zutrifft. Es gibt hunderte weitere Beispiele.

Wenn ich eben die Bundesrepublik mit einer Bruchbude verglichen habe, dann muß ich das jetzt ergänzen: die angebliche Demokratie in der Bundesrepublik ist nicht nur verrottet, sondern auch grausam und terroristisch. Sie ist eben nichts anderes als die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie. Darin unterscheidet sich die Bundesrepublik nicht von anderen kapitalistischen Staaten. Für jeden kapitalistischen Staat einschließlich der revisionistischen Staaten trifft zu, was Lenin sagte:

,Wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, wenn er eine über der Gesellschaft stehende und ,sich ihr mehr und mehr entfremdende' Macht ist, so ist klar, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist, nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparates der Staatsgewalt, in dem sich diese ,Entfremdung' verkörpert.'

Weil das so ist, wird der ROTE MORGEN auch weiterhin – und daran wird ihn kein Staatsanwalt und kein Richter hindern – die Verbrechen dieses kapitalistischen Staates beim Namen nennen und die Massen vom Nutzen und von der Notwendigkeit der bewaffneten Revolution überzeugen. Unter der Führung der KPD/ML wird die Arbeiterklasse die Diktatur des Proletariats errichten und ausüben. Und diese Diktatur wird für die Werktätigen millionenfach demokratischer sein als die demokratischste bürgerliche Republik.

DIE GEBURTSSTUNDE DER BUNDESREPUBLIK WAR ZUGLEICH DIE GEBURTSSTUNDE DER WIEDERBELEBUNG DES FASCHISMUS

Ich habe bereits erklärt, warum die Bourgeoisie dem ROTEN MORGEN verbieten will, die Unterdrückung der Arbeiterklasse, wie wir sie gegenwärtig erleben, beim Namen zu nennen. Warum aber greift der Staatsanwalt auch ein, wenn es im ROTEN MORGEN heißt: ,Der Faschismus ist die offen terroristische Diktatur der Bourgeoisie über die Werktätigen'? Die Klassenjustiz kann diesen Satz deshalb nicht dulden, weil es eben keineswegs so ist, wie die bürgerliche Propaganda glauben machen will, daß zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus ein Unterschied wie zwischen Feuer und Wasser besteht. Wer hat denn Hitler an die Macht gehievt? Das war die deutsche Bourgeoisie, das war das Finanzkapital. Die gleiche Kapitalistenklasse aber hat auch heute wieder die Macht. Sie bedient sich zwar heute der Herrschaftsform der bürgerlichen Demokratie, aber ich habe bereits gezeigt, daß das durchaus nicht so bleiben muß. Die Bourgeoisie wird auch ein zweites Mal eine offen faschistische Diktatur errichten, wenn ihr die Arbeiterklasse nicht durch die proletarische Revolution zuvorkommt. Die bürgerliche Klassenjustiz kann die Verbreitung der wissenschaftlichen Definition des Faschismus also deshalb nicht dulden, weil sich die Bourgeoisie bei ihren Plänen für die Zukunft ertappt sieht; weil sie verhindern will, daß die Werktätigen erkennen, daß die Bundesrepublik wie jeder imperialistische Staat, mit dem Faschismus schwanger geht.

Das zeigte sich bereits bei der Gründung der Bundesrepublik. Die Geburtsstunde der Bundesrepublik war zugleich die Geburtsstunde der Wiederbelebung des Faschismus. Ich werde das daran zeigen, wie die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens gebrochen bzw. in ihr Gegenteil verkehrt wurden.

Bekanntlich wurde das Potsdamer Abkommen, das ein Wiederentstehen des deutschen Faschismus verhindern sollte, nicht nur von der damals sozialistischen Sowjetunion, sondern auch von drei imperialistischen Mächten unterschrieben. (Natürlich nicht, weil sie tatsächlich antifaschistische Ambitionen hatten, sondern, weil sie auf diese Weise einen Konkurrenten ausschalten wollten.) Drei Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und ihr Vergleich mit der Wirklichkeit in der Bundesrepublik mögen genügen, um die Wiederbelebung des Faschismus von Anfang an zu zeigen.



Die ehemalige verantwortliche Redakteurin des ROTEN MORGEN, Karin Wagner.

Eine Bestimmung des Potsdamer Abkommens sah vor:

„Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, der Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgend einer anderen Art, wird geduldet werden." Wie die Wirklichkeit aussieht, ist bekannt. Die nazistische Propaganda ist frei. Die kommunistische, die revolutionäre Propaganda wird unterdrückt. Kommunisten erhalten Berufsverbote usw.

Eine zweite Bestimmung des Potsdamer Abkommens lautet:

,Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben ... sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen.. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.' In Wirklichkeit war es auch hier genau umgekehrt. Die Kommunisten, die hervorragendsten Kämpfer gegen den Faschismus, wurden ausgeschaltet. Die alten Nazis dagegen bildeten das wichtigste Reservoir für den Aufbau des neuen bundesrepublikanischen Staates. Sie machten weit über die Hälfte der Richter aus, sie bildeten die überwiegende Mehrheit bei den Offizieren der Bundeswehr. Und was die Polizei angeht, so stellte der jetzige Justizminister von Nordrhein-Westfalen Posser 1959 fest: ,Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr – Polizeifachabteilung – hat in verschiedenen Veröffentlichungen in den Jahren 1959/1960 unter Vorlage exakten Materials nachgewiesen, daß von den 33 leitenden Stellen in der Kriminalpolizei des Landes Nordrhein-Westfalen zwanzig von ehemaligen SS-Sturmbannführern und SS-Hauptsturmführern besetzt sind, darunter die Chefpositionen der Kriminalpolizei in Aachen, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Köln, Krefeld, Mönchen-Gladbach, Mülheim-Ruhr. Dabei handelt es sich nur um solche Kriminalbeamte, die freiwillig der SS beigetreten und SS-Führerlehrgänge durchlaufen hatten ... In der größten Stadt Nordrhein-Westfalens ist die Kriminalpolizei in den leitenden Funktionen wie folgt besetzt: Leiter und Stellvertreter: ehem. SS-Sturmbannführer; 4 Gruppenleiter: ehem. SS-Sturmbannführer; ein Kriminalkommissar mit dem Gehalt eines Kriminaldirektors war Leiter der **Gestapo in Berlin**.'"

Hier unterbricht der Richter: „Herr Schubert, sagen Sie auch, in welchem Jahr das gesagt wurde."

Gernot: „1959"

Richter: „Sehen Sie."

Genosse Gernot fährt fort. „Diese alten Nazis haben also die Ausbildung der neu für den Dienst in Justiz, Polizei usw. herangezogenen Kräfte übernommen.



Hetzfilm gegen das sozialistische China Seite 4

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Radioaktives Emaillepulver

Unsere Kinder werden vergiftet!

Gestapomethoden im Mannheimer Gefängnis

Zu Tode gefoltert!

Amtsgericht

Strafbefehl

beschlagnahmt

Es findet keinerlei Zensur mehr statt. Nur wenn der Staat es dringend nötig hat.

Erich Weinert

Warum griff man auf die alten Nazis zurück?

Natürlich kann man einen kapitalistischen Staat auch ohne alte Nazis aufbauen. Aber diese Leute, die in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als Angehörige von kriminellen Organisationen bezeichnet worden waren, hatten für die Kapitalistenklasse einen Vorteil. Sie hatten nämlich bereits bewiesen, daß sie für die Erhaltung des Kapitalismus bereit waren, zu foltern, zu morden und über Leichen zu gehen und sich insofern für die Kapitalistenklasse ,bewährt'. Die Bourgeoisie griff beim Aufbau des kapitalistischen Staates nach dem 2.Weltkrieg auch auf die alten nazistischen Gesetze zurück. Man sersetzte lediglich zu offen nazistisches Vokabular durch „Freiheit" und „Demokratie". Aber der Geist und der Zweck blieb der gleiche.

Angesichts dieser Tatsachen ist es allerdings vollkommen richtig, wenn es im ROTEN MORGEN hieß, in der Bundesrepublik herrsche der Geist von Auschwitz und Maidanek.

Eine dritte Maßnahme, die das Potsdamer Abkommen vorsah, lautete: ,In praktisch kürzester Zeit ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.' Auch diese Bestimmung des Potsdamer Abkommens wurde gebrochen, in ihr Gegenteil verkehrt. Dazu schreibt das CDU-Mitglied Pritzkoleit in einem Buch über die Wirtschaft der Bundesrepublik: ,Zum ersten, daß man den Beginn des Wirtschaftswunders in die Jahre des dritten Reiches zurückverlegen muß; zum zweiten, daß die Basis des Nachkriegsaufschwungs – die Erneuerung der deutschen Währung – ausschließlich den alliierten Besatzungsmächten zu verdanken ist; drittens, vor allem aber, daß das Triebwerk des Wirtschaftswundermechanismus die Bonner Finanzbürokratie war, die die Impulse, die ihr die Interessenverbände und Großunternehmer vermittelten, in Form von Steuer- und Abschreibungsprivilegien weitergab. Symbolfigur ... ist Dr. Friedrich Flick: größter Konzernherr und prominentester Wehrwirtschaftsführer des Dritten Reiches, fünf Jahre Gefangener der Siegermächte, wieder größter Konzernherr der Bundesrepublik und Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Schulterband und Stern.'

Flick ist beileibe keine Ausnahme. So konnte man etwa 1974 in der Werkzeitschrift ,Kruppstahl' lesen, daß Berthold Beitz das Große Verdienstkreuz mit Stern erhielt und weiter hieß es dann: ,In einer Laudatio würdigte der Ministerpräsident die Verdienste, die sich Beitz um den Wiederaufbau des durch den Krieg stark zerstörten Krupp-Konzerns erworben hat, insbesondere um die Aufhebung der Entflechtungs- und Verkaufsauflagen der Siegermächte.' Was kann deutlicher zeigen, wie das Potsdamer Abkommen verwirklicht wurde als diese Tatsache, daß nicht nur die alten Kriegsverbrecher wieder in Amt und Würden sind, daß nicht nur die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens gebrochen wurden, sondern daß die alten Kriegsverbrecher, dafür, daß sie das Potsdamer Abkommen brachen, das Große Bundesverdienstkreuz bekommen?

Diese drei Beispiele mögen genügen. Sie zeigen, daß die Bundesrepublik im wahrsten Sinne des Wortes der Nachfolgestaat des Hitlerfaschismus ist: Es herrscht die gleiche Kapitalistenklasse, die bereits einmal die Werktätigen mit einer offen terroristischen Diktatur unterdrückte; der kapitalistische Staat wurde von Anfang an planmäßig – sowohl im Hinblick auf seine Gesetze, als auch auf seine Menschen und Waffen – so aufgebaut, daß er erneut als Instrument einer solchen offen faschistischen Terrorherrschaft eingesetzt werden kann. Es ist also nicht nur vollkommen berechtigt, von ,Faschisierung' zu sprechen, sondern auch absolut notwendig. Die Lehre aus dieser geschichtlichen Entwicklung ist: Imperialismus bedeutet Faschismus. Deshalb kann die Schlußfolgerung für uns und für die deutsche Arbeiterklasse nur lauten: der Sturz des Imperialismus, die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist die einzige Möglichkeit, die faschistische Gefahr ein für allemal zu bannen.

DIE STIMME ALBANIENS VERDIENT BESONDERE AUFMERKSAMKEIT

Unsere Partei steht mit dieser Analyse nicht allein. Ich will hier nur eine Stimme als Beweis anführen. Das ist die Stimme des albanischen Volkes. Sie verdient deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil es unter der faschistischen deutschen Okkupation während des zweiten Weltkrieges unbeschreiblichen Leiden ausgesetzt war.

Hier unterbricht der Richter: „Herr Schubert, in Albanien, das war ja wohl Mussolini."

Gernot: „Es ist bezeichnend, daß Sie nicht wissen, daß nachdem die italienischen Faschisten geschlagen waren, der Hitlerfaschismus Albanien besetzte. Sie wissen nur, wenn einmal ein Richter Drenkmann erschossen wird, aber wenn Zigtausende vom deutschen Faschismus ermordet werden, dann interessiert Sie das nicht, das wissen Sie noch nicht einmal."

Staatsanwalt: „Das ist Polemik."

Gernot: „Das ist keine Polemik. Das zeigt, welche Richter hier eingesetzt werden, um Kommunisten zu verurteilen."

Richter: „Herr Schubert, ich verwarne Sie. Sie reden jetzt schon fast eine Stunde. Ich werde Ihnen das Wort entziehen."

Gernot: „Es ist wichtig, die Stimme des albanischen Volkes zu hören. Denn das albanische Volk hat nicht nur unter dem deutschen Faschismus gelitten, sondern ihn auch besiegt und den Sozialismus errichtet."

Richter: „Das interessiert hier nicht, wie sich Albanien entwickelt hat."

Gernot: „Herr Richter, es dürfte auch für Sie lehrreich sein, zuzuhören. Wenn Sie eben noch nicht wußten, daß in Albanien der deutsche Faschismus eingefallen ist, dann hören Sie sich jetzt wenigstens an, was Albanien über die gegenwärtige Faschisierung in Westdeutschland sagt."

Gernot fährt fort: „Was die albanischen Genossen sagen, ist für uns deshalb besonders wichtig, weil wir als Kommunisten ja nicht nur vor dem Faschismus warnen, sondern die Arbeiterklasse zum Sozialismus führen wollen und müssen. Dabei ist uns Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa, ein leuchtendes Vorbild. Die albanischen Genossen sagen: **,Die Welt ist heute Zeuge des besorgniserregenden Phänomens des Auflebens des Faschismus und der weiten Verbreitung des Faschismus in vielen Ländern Europas, Amerikas, Afrikas und Asiens'**, heißt es in der Zeitung Zeri i Popullit. In der Ansprache vor den Wählern am 3. Oktober vergangenen Jahres sagte Genosse Enver Hoxha: **,Wenn die Kapitalisten sehen, daß ihre Sache verloren ist, dann legen sie jede Maske ab und errichten die faschistische Diktatur. Das tun heute bereits einige Staaten, andere haben es seit längerem schon getan.' Der Faschismus, der heute in einigen Ländern der Welt herrscht oder sich bemüht, seine Herrschaft zu errichten, ist ein und derselbe und unterscheidet sich nur in der Form vom Faschismus der Vorkriegszeit, der sich in seiner tückischsten Gestalt in Italien und Deutschland zeigte. ... Der Faschismus ist heute nicht ein Phänomen, das nur den Ländern Lateinamerikas droht, die als Länder bekannt sind, in denen das politische Regime der Bourgeoisie an chronischer Unbeständigkeit leidet, und Militärputsche gang und gäbe sind. Dieses Phänomen stellt heute vielmehr eine ernste Gefahr, auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern dar, die von der bürgerlichen Propaganda gestern noch als Schaufenster des Wirtschaftswunders gepriesen und als Länder betrachtet wurden, die wenigstens nach dem 2. Weltkrieg ein stabiles bürgerlich demokratisches Regime haben. Ein dichtmaschiges Netz faschistischer Organisationen wirkt in Westdeutschland. Einige dieser Organisationen haben Verbindungen zu dem vom einstigen Nazigeneral Gehlen wenige Jahre nach Kriegsende geschaffenen Geheimdienst und durch diesen mit dem amerikanischen CIA'.** In einem anderen Artikel heißt es: **,Spätestens seit Verabschiedung der Notstandsgesetze haben die westdeutschen Imperialisten klar zu erkennen gegeben, daß sie in der erneuten Errichtung einer faschistischen Dikatatur für sich den einzigen Ausweg aus der Verschärfung der Klassenkämpfe sehen. Die verschiedenen Maßnahmen, die während der Bundestagsdebatte angesprochen wurden, sind weitere Schritte in diese Richtung. Beispielsweise haben sich alle drei Bundestagsparteien und die Bundesregierung dafür stark gemacht, die föderalistische Kompetenzenteilung in Fragen des ,Kampfes gegen den Terrorismus' weitgehend aufzuheben, die Staatsgewalt stärker zu zentralisieren, um wirkungsvoller und schneller zuschlagen zu können.'**

,Dennoch ist die zunehmende faschistische Tätigkeit in den verschiedenen Ländern der Welt, ja der Machtanstieg des Faschismus in diesen Ländern kein unvermeidliches Verhängnis. Die Volksmassen kennen heute die Natur des Faschismus sehr gut, sie haben eine reiche Erfahrung im Kampf gegen ihn. Ohne sich parlamentarischen Illusionen oder Hoffnungen hinzugeben, daß der bürgerliche Staat irgendeine wirksame Maßnahme gegen die faschistische Gefahr treffen würde, müssen sich die Massen mobilisieren, um ihr den Weg zu verlegen. Der Kampf der Volksmassen, geführt von der Arbeiterklasse und ihrer wirklich revolutionären Partei, ihre Einheit, ihr Bewußtsein und ihre Wachsamkeit – so schließt Zeri i Popullit – **werden eine unüberwindliche Barriere sein, an der die faschistische Reaktion zerschellen wird.'**

Dafür kämpfen wir. Und in diesem Kampf wird der ROTE MORGEN seine Aufgabe weiter wahrnehmen und sie noch besser wahrnehmen als bisher. Wie sind die Bedingungen für unseren Kampf? Sie haben sich in den letzten Jahren durchaus günstig entwickelt. Indirekt gibt das auch die Bourgeoisie zu. So sagte Minister Genscher in der Verfassungsdebatte im Bundestag 1974: ,Was vor zehn Jahren selbstverständlich war – die Anerkennung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung – das muß heute gegenüber Zweifeln, gegenüber prinzipieller Kritik und sogar gegenüber offenen Angriffen verteidigt und glaubhaft gemacht werden.'

Warum waren die Verhältnisse 1964 so, daß Genscher wehmütig an sie zurückdenkt? Weil es der Bourgeoisie gelungen war, die revolutionäre KPD von innen her zu zerschlagen. Damit war aber auch die prinzipielle Kritik an der ,freiheitlich-demokratischen Grundordnung' ausgeschaltet. Allerdings nur vorübergehend – wie Genscher zugeben muß. Denn die Besten in der KPD blieben dem Marxismus-Leninismus treu und bekämpften den Revisionismus. Die Gründung der KPD/ML 1968/69 war der entscheidende Schlag, der die Situation für die Bourgeoisie wieder grundlegend verschlechtert hat. Seitdem haben sich nicht nur die Klassenkämpfe fortentwickelt, auch die Partei ist – das kann man ohne Übertreibung sagen – fortgeschritten und hat sich eine gewisse Verankerung in den Massen erworben.

Wenn uns die Bourgeoisie heute derart massiv bekämpft, dann ist das darum gut und nicht schlecht. Deshalb steht absolut fest – auch wenn die Verfolgung des Marxismus-Leninismus und der Partei durch die Bourgeoisie sich weiter verschärft: **Keine Macht der Welt wird uns daran hindern, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu kämpfen. Keine Macht der Welt wird verhindern, daß wir eines Tages auf den Trümmern der kapitalistischen Staaten in Ost und West die Diktatur des Proletariats, die sozialistische deutsche Republik errichten werden!**

Vorwärts mit der KPD/ML!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Erklärung der KP Perus

Der einzige Ausweg ist der bewaffnete Kampf

Die Zeitung „Bandera Roja" veröffentlichte in einer ihrer letzten Ausgaben eine Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Perus, in der die ökonomisch-politische Lage im Land analysiert wird und dazu aufgerufen wird, den Klassenkampf gegen die Oligarchie zu verstärken.

In Peru, wird in der Erklärung hervorgehoben, existiert eine unvorstellbare Erhöhung der Lebenshaltungskosten und der Plünderung der nationalen Reichtümer, während der Prozeß der Unterdrückung und Faschisierung, der auf dem werktätigen Volk lastet, weiter vertieft wird. Durch diesen Prozeß sollen mit allen Mitteln die Volkskämpfe unterdrückt werden, und er dient den Interessen der oligarchischen Bourgeoisie, die eng mit dem Imperialismus, in erster Linie dem amerikanischen, verbunden ist. Die Wirtschaftspolitik der Oligarchie steht im Einklang mit den Interessen des ausländischen Kapitals und der einheimischen Ausbeuterklassen und schafft die Bedingungen für eine wilde Plünderung der nationalen Reichtümer. Gleichzeitig wurden dem Volk neue Steuern auferlegt und eine Erhöhung der bestehenden beschlossen, wodurch die Bauern schwer betroffen sind. Die Preise für verschiedene Waren und Dienstleistungen einschließlich der Lebensmittel, Brennstoffe und Fahrkarten sind außergewöhnlich gestiegen.

Unter diesen Bedingungen hat die Bourgeoisie um Auslandsfinanzierung bei der Weltbank und dem vom US-Imperialismus manipulierten internationalen Währungsfonds angesucht. Um aus der schweren ökonomischen und politischen Krise, in der sie sich befindet, herauszugelangen, setzt die Bourgeoisie ihre Hoffnung auf die Verstärkung der Verbindung mit dem Imperialismus, vor allem dem US-Imperialismus, während sie andererseits die volksfeindlichen Maßnahmen vertieft und die kapitalistische Ausbeutung verstärkt. Gleichzeitig hat sie auch dem sowjetischen Sozialimperialismus, der begierig auf die Naturreichtümer Perus ist, einige Zugeständnisse gemacht.

Das politische Bild des Landes, heißt es weiter in der Erklärung, hat sich verschärft. Korruption und Spekulation sind verbreitet, und die Widersprüche unter den herrschenden Kreisen vertiefen sich. Gleichzeitig werden die schwere Last der Wirtschaftskrise, die laufende Vergrößerung des Handels- und Haushaltsdefizits, die Verringerung der Dollarreserven und die inflationistischen Folgen, die daraus entspringen, sowie der Produktionsrückgang, besonders in der Landwirtschaft und Fischerei, auf den Rücken der werktätigen Massen abge-



Bandera Roja

ORGANO CENTRAL DEL PARTIDO COMUNISTA PERUANO

wälzt. So richtet sich die Politik des Engerschnallens des Gürtels hauptsächlich gegen die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen, während die Reichen reicher werden. Die Kommunistische Partei Perus entlarvt die verräterische Haltung der Revisionistenpartei, die die volksfeindlichen Maßnahmen der Oligarchie, um die Folgen der Krise auf die einfachen Werktätigen abzuwälzen, unterstützt.

Je mehr sich jedoch die Wirtschaftskrise und die Ausbeutung und Unterdrückung vertiefen, wird in der Erklärung des Politbüros der Kommunistischen Partei Perus betont, desto mehr wächst der Kampf der Arbeiterklasse und der Bauern. Angesichts des verschärften Klassenkampfes zeigt das Regime immer mehr sein unterdrückerisches Antlitz und hat eine wilde Offensive gegen die Arbeiterklasse gestartet.

Unter diesen Bedingungen ruft die Kommunistische Partei Perus dazu auf, den Klassenkampf gegen die volksfeindliche Politik der Oligarchie zu verstärken und sich Schritt um Schritt auf die bewaffnete Revolution vorzubereiten, als einzigen Weg, um die herrschenden Klassen zu stürzen. Eine andere Alternative gibt es nicht, heißt es in der Erklärung. Die Partei muß das Volk auf diesen Weg vorbereiteten, wobei sie gleichzeitig nicht den Kampf für seine Augenblicksforderungen vergessen darf.

Die Kommunistische Partei Perus bekämpft Abenteurertum, Sektierertum und Subjektivismus als fremde Erscheinungen für ihre Politik und ist entschlossen, ihre Tätigkeit zu verstärken und das werktätige Volk zum Kampf zu mobilisieren und zu organisieren, wobei sie alle Formen des Kampfes einsetzt, legale und illegale, um sich so immer enger mit den Volksmassen zu verbinden, denn sie, betont die Partei, sind die einzige Kraft, die fähig ist, die Revolution zu vollbringen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

4. Parteitag der KP Paraguays

Die Einheit der Partei mit den Massen stärken

In einem gemeinsamen Kommunique des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Paraguays und der Kontrollkommission des Zentralkomitees der Partei wird bekanntgegeben, daß in letzter Zeit der vierte Parteitag der Kommunistischen Partei Paraguays stattgefunden hat. An dem Parteitag nahmen Kader und Mitglieder der Partei teil, Genossen, die an den Hauptfronten der Arbeit der Partei mit den Massen arbeiten.

Die Delegierten nahmen voller Freude die brüderlichen Grüße der KP Chinas, der Partei der Arbeit Albaniens, der KP Argentiniens/ML und anderer marxistisch-leninistischer Parteien entgegen. Der Parteitag analysierte die nationale politische Lage, den Zustand in der Arbeiter- und Bauernbewegung und die Arbeit der Partei mit den Massen und legte die Aufgaben der Partei für die Zukunft fest. Auf dem Parteitag wurden zahlreiche Beispiele gegeben, die das politische Erwachen und den gewachsenen revolutionären Geist der Arbeiterklasse zeigen. Ebenso haben sich auch die Bauernorganisationen neu entwikkelt, und in vielen Gebieten sind die Bauern bereit, die Waffen zu ergreifen, um gegen die Latifundisten (Großgrundbesitzer) zu kämpfen. Die schwere wirtschaftliche Lage hat eine allgemeine Unzufriedenheit und Widerstand im ganzen Volk hervorgerufen.

Eine weitere wichtige Tatsache ist der wachsende Widerstand unter den Massen gegen die das Vaterland verkaufende Politik des Regimes, gegen die Kolonialisierung des Landes durch die US-Imperialisten und das faschistische Regime Brasiliens. Das Volk empfing den brasilianischen Diktator Geisel mit offenem Unwillen. Andererseits haben die ständigen Verfolgungen es nicht in Angst versetzt, sondern im Gegenteil den allgemeinen Haß verstärkt und der revolutionären Bewegung einen Anstoß gegeben. Die Erfahrung der letzten zwei Jahre hat gezeigt, daß die in den Materialien des 3. Parteitags der KP Paraguays analysierte Massenlinie richtig ist. Sie wurde von den Arbeitern und Bauern akzeptiert und unterstützt. Allmählich wächst unter den Massen der Einfluß der Partei, ihrer Linie und ihrer Losungen.

Der Parteitag diskutierte das Dokument „Grundlagen und Normen der KP Paraguays", das eine Synthese der politischen Erfahrung der Partei in den 43 Jahren ihres Kampfes in den ersten Reihen der revolutionären Bewegung des Volks von Paraguay ist. Dieses Dokument faßt die Theorie, die Linie, die Methoden und organisatorischen Normen der Partei zusammen. Sein Hauptziel ist, neue Kader heranzubilden und das ideologische Niveau der Arbeit der Kommunisten mit den Massen zu heben, um sie für die revolutionäre Linie und den revolutionären Kampf zu gewinnen.

Bei der Analyse der internationalen Lage zeigte der Parteitag vollständige und entschiedene Meinungseinheit der gesamten Partei über die beiden Tendenzen, die sich heute in der internationalen Lage zeigen: einerseits verstärkt sich die revolutionäre Weltbewegung, triumphieren die revolutionären Kämpfe, und andererseits wächst die Gefahr eines neuen Krieges der beiden Supermächte um die Neuaufteilung der Welt. In den Reihen der KP Paraguays wird keinerlei Schwanken zugelassen über die Notwendigkeit, daß die Völker ständig an zwei Fronten kämpfen: gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus. Die beiden Supermächte sind die Hauptgefahr für den Frieden in der Welt, sie sind die wildesten Feinde der Menschheit.

Der Parteitag kam zu der Schlußfolgerung, daß das Interesse der Massen an dem Ausweg wächst, den die KP Paraguays zeigt. Gleichzeitig stärkt sich die Einheit des Denkens, Willens und Handelns der Partei auf der Grundlage der Massenlinie und des Kampfes zwischen den zwei Linien. Ausgehend von dieser Lage legte der Parteitag als Hauptaufgabe fest, gegen die opportunistische Linie des Rückzugs und gegen den Widerstand der Opportunisten die ideologische und organisatorische Arbeit der Kommunisten unter den Massen zu verstärken. Die Kommunisten – wurde auf dem Parteitag hervorgehoben – müssen die Kontakte mit den Arbeitern und Bauern und den übrigen Teilen des Volkes verstärken, um den Massen den Ausweg zu erklären, ihnen das Programm der Revolution und die Linie des entschlossenen Kampfes zu erklären, indem alle nur möglichen Formen genutzt und Vorbereitungen auf einen langwierigen Kampf getroffen werden. Dafür muß die Arbeit der Kommunisten an der Basis, in den Betrieben, Gewerkschaften, den Bauern- und Studentenorganisationen ausgeweitet werden. Besondere Bedeutung muß der Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den Bauern gewidmet werden.

Gleichzeitig legte der Parteitag als eine Hauptaufgabe fest, die Partei ideologisch und organisatorisch zu festigen, ihre Reihen mit neuen erprobten Mitgliedern zu füllen und die Organisationen der Partei in jeder Gegend des Landes, in jedem Betrieb zu stärken und zu erweitern, um sicherzustellen, daß das Proletariat die Bewegung der Volksmassen gegen das Militärregime und seine Oberherren, die US-Imperialisten, anführt und leitet. Sich ihrer historischen Mission bewußt und geleitet von den Lehren des Marxismus-Leninismus bereitet sich die KP Paraguays, wie auch auf ihrem 4. Parteitag betont wurde, schon heute darauf vor, entschlossen gegen alle Schwierigkeiten zu kämpfen, die in Zukunft auftreten können, um den Kampf des Volkes von Paraguay für die nationale und soziale Befreiung zu organisieren und zu führen.

Philippinen

Erfolgreicher Kampf der Neuen Volksarmee

Ende März feierte die Neue Volksarmee der Philippinen, die unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen/Marxisten-Leninisten steht, den 7. Jahrestag ihrer Gründung. Gerade in diesen Tagen konnten die Kämpfer der Neuen Volksarmee im Kampf gegen das Regime von Marcos neue Erfolge erringen. Anfang April legten sie zwei Einheiten der philippinischen Armee einen Hinterhalt. Dabei gelang es ihnen, dreizehn feindliche Soldaten zu töten. Die Kämpfer der Neuen Volksarmee operieren auch erfolgreich auf der Insel Luzon, einer der Hauptinseln der Philippinen. Als Folge des Kampfes der Neuen Volksarmee mußte das Marcos-Regime bereits fast den gesamten Touristen- und Flugverkehr auf dieser Insel einstellen. Der Kampf der Neuen Volksarmee richtet sich hier besonders gegen das Projekt des Baus eines großen Staudammes. Um diesen Staudamm zu errichten, hat das Marcos-Regime die Bauern zahlreicher Dörfer gewaltsam aus ihren Dörfern und von ihrem Land vertrieben und zahlt ihnen noch nicht einmal eine Entschädigung. Die Bauern erkennen immer klarer, daß nur die von der KP der Philippinen/ML geführte Neue Volksarmee an ihrer Seite kämpft. Sie vertrauen ihr deshalb immer mehr und schließen sich ihr, wie ein Sprecher des Marcos-Regimes unlängst selbst zugeben mußte, in immer größerer Zahl an.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Türkei

HALKIN SESİ 42

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

8. Mai 1945: Befreiung vom Hitlerfaschismus



Am 8. Mai kapitulierte der Hitlerfaschismus vor dem antifaschistischen Kampf der Völker, vor den ruhmreichen Truppen der Roten Armee der sozialistischen Sowjetunion unter der Führung des Genossen Stalin. Der Zweite Weltkrieg, der als imperialistischer Krieg begonnen hatte, endete damit als siegreicher antifaschistischer Krieg der Völker, in dessen Folge das sozialistische Lager mit einer Gesamtbevölkerung von 900 Millionen Menschen entstand, zu dem damals auch der östliche Teil Deutschlands gehörte.

Wir gedenken an diesem Tag den zahllosen selbstlosen Patrioten, Antifaschisten und Kommunisten in der ganzen Welt, die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus ihr Leben gaben.

Kamen damals die Truppen der Roten Armee Stalins als Befreier des deutschen Volkes, so sind es heute die Truppen Breschnews, die einen Teil Deutschlands besetzt halten und das ganze deutsche Volk wie die Völker Europas und der Welt bedrohen. Die heutigen Machthaber im Kreml haben das Erbe Lenins und Stalins verraten. Sie haben die ehemals sozialistische Sowjetunion nach dem Vorbild der alten Zaren in ein faschistisches Völkergefängnis verwandelt und ihre sozialimperialistische Herrschaft errichtet. Sie gieren danach, sich zum Herren über alle Welt zu machen. Die heutigen Machthaber im Kreml haben das Erbe des Hitlerfaschismus angetreten. Heute sind sie es, gegen die die Völker der Welt sich zusammenschließen müssen, ebenso wie gegen die andere imperialistische Supermacht, den USA-Imperialismus.

Neues Polizeigesetz

Freibrief für den Todesschuss

Anfang Mai trafen sich die Innenminister des Bundes und der Länder, um letzte Hand an den „Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes" zu legen. Eine Einigung kam jedoch noch nicht zustande. Strittiger Punkt: der „Todesschuß".

Selbstverständlich geht es den Ministern nicht darum, die gesetzliche Grundlage für den „Todesschuß" einzuschränken oder gar ganz abzuschaffen. Ihnen geht es um zwei Dinge. Einerseits wollen sie, aus „kosmetischen" Gründen die Formulierung „gezielt tödlicher Schuß" im Gesetzestext möglichst vermeiden, andererseits aber wollen sie mit einer neuen Formulierung die gesetzlichen Möglichkeiten für den legalen „Todesschuß" sogar noch erweitern. Deshalb heißt es in einem neuen Vorschlag nun nicht mehr wie bisher vorgesehen: „Ein gezielt tödlicher Schuß ist nur zulässig . . .", sondern: ‚Ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist." Wie der Westberliner Innensenator Neubauer bekanntgab, wollen sich die Innenminister am 10. Juni endgültig über diese Formulierung einigen.

Was heißt das in der Praxis?

Ein „gezielt tödlicher Schuß" ist im allgemeinen nur möglich bei Überfällen mit Geiselnahme oder bei Aktionen einzelner oder einer kleinen Gruppe, nicht aber beim militanten und revolutionären Kampf der Massen. Beim Sturm der Polizei auf ein besetztes Haus (im Hamburg z. B. stürmte ein MEK ein von Jugendlichen besetztes Haus, Polizisten schossen dabei mit der Maschinenpistole um sich), im Getümmel einer Demonstration, die von der Polizei überfallen wird, bei einem Streik, der von der Polizei gebrochen wird usw. usf. ist der „gezielte Todesschuß" im allgemeinen unmöglich. Die neue Formulierung trägt dem Rechnung und macht zugleich den Charakter der Polizei deutlich, die eine Bürgerkriegstruppe des Kapitals für die Unterdrükkung der revolutionären Kämpfe des Volkes ist. Und um völlig sicherzugehen, wird im neuen Gesetzesentwurf auch festgelegt, daß die Polizei auch dann schießen darf, „wenn erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden". Dies entspricht haargenau der zynischen Äußerung des ehemaligen niedersächsischen Innenministers Lehners, der schon vor Jahren sagte: „In ganz bestimmten Notsituationen verlangt das Interesse der Allgemeinheit, daß einzelne Mitglieder gefährdet oder sogar geopfert werden, um die sichere Vernichtung vieler dadurch zu verhindern." Wobei wir wissen, daß das angebliche „Interesse der Allgemeinheit" in Wirklichkeit das Interesse der Kapitalistenklasse ist.



Bisher ist noch kein einziger Polizist der einen Revolutionär oder einen anderen Menschen im Dienst erschossen oder verletzt hat, von den Gerichten der Kapitalistenklasse bestraft worden. Gängige Begründung der Freisprüche durch die bürgerliche Klassenjustiz: „Notwehr" oder „vermeintliche Notwehr". Das macht schon klar, was von der „Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit", wie es im Entwurf des Polizeigesetzes heißt, zu halten ist. So wurde von der bürgerlichen Klassenjustiz z. B. ein Schuh, mit dem ein Genosse während einer Demonstration einen Polizisten getreten haben soll, als „gefährliche Waffe" deklariert. Das neue Polizeigesetz ist ein weiterer Schritt der Bourgeoisie hin zum Faschismus. Es richtet sich gegen die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen, gegen den Kampf für ihre Lebensinteressen. Es richtet sich gegen die Kommunisten und Revolutionäre, gegen alle, die für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung kämpfen. **Es zeigt zugleich, daß die Kapitalistenklasse niemals freiwillig ihre Herrschaft aufgeben wird, sondern sie bis zuletzt mit Gewalt und Terror verteidigt. Diese Ausbeuterherrschaft kann nur durch die gewaltsame sozialistische Revolution der werktätigen Massen unter Führung ihrer Kommunistischen Partei gestürzt werden.**

Bonn treibt Benzinpreis über eine D-Mark

An über 1 500 Aral-Tankstellen kostet der Liter Superbenzin inzwischen über 1 DM. Noch vor gar nicht so langer Zeit tauchte ein Benzinpreis von 1 DM höchstens in Witzen auf, um plastisch zum Ausdruck zu bringen, daß den profitgierigen Öl-Konzernen alles zuzutrauen ist. Jetzt ist der schlechte Witz Wirklichkeit geworden, die „Schallgrenze" von 1 DM durchbrochen und Vertreter der Öl-Konzerne haben bereits durchblicken lassen, daß weitere Erhöhungen des Benzinpreises geplant sind.

Ausgerechnet Bundesverkehrs- und Postminister Gscheidle fühlte sich berufen, gegen die Aral-Preiserhöhung zu „protestieren". Gscheidle erklärte, er halte die Preiserhöhung „im augenblicklichen Zeitpunkt für gänzlich ungeeignet". Mag sein, daß Gscheidle sein durch die Preistreiberei bei Bahn und Post ramponiertes Ansehen ein wenig aufpolieren wollte. Ein besonders geschicktes Betrugsmanöver aber war das nicht. Schließlich ist die Aral AG die Vertriebsgesellschaft des Energiekonzerns Veba und in der Veba hält der Bund die Aktienmehrheit. So ist die Bundesregierung und damit auch Gscheidle direkt verantwortlich für die Aral-Preissteigerung. Während Gscheidle als Regierungsvertreter mit Blick auf den Wahlkampf „protestiert", hat in Wirklichkeit die Bundesregierung, als Instrument der Monopole, den Vorreiter für die Öl-Konzerne gespielt und die Türen zu Benzinpreisen über 1 DM aufgestoßen.

Gscheidle erklärte auch, die Aral-Preiserhöhung richte sich gegen die „Stabilitätspolitik" der Bundesregierung und gegen ihre Bemühungen, „den Konjunkturaufschwung zu unterstützen". Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Veba und Aral praktisch staatliche Konzerne sind, in denen der Bund das Sagen hat, stellt sich die Sache allerdings anders dar. Nun wird sie – sicher war das nicht Gscheidles Absicht – zum Beweis für die Verlogenheit der Bonner Phrasen von der „Stabilitätspolitik". Von „Stabilität" und „Maßhalten" ist die Rede, wenn es um die Löhne der Werktätigen geht. Für die Profite der Kapitalisten aber gibt es keine „Grenzen wirtschaftlicher Vernunft." Kaum waren die Metallarbeiter mit 5,4% abgespeist worden, da erhöhten die Automobilkonzerne die Preise, jetzt fordern die Ölkonzerne für den Liter Super über 1 DM usw. Das ist die Konjunkturpolitik der Bonner Regierung: Aufschwung der Monopolprofite durch die verschärfte Ausplünderung der Werktätigen.

Das Beispiel: Die Zensurgesetze

Die Initiative von Verlegern, Buchhändlern und Kulturschaffenden gegen die 14. Strafrechtsänderung hat unter dem Titel „Zur politischen Unterdrückung in der BRD. Das Beispiel: die Zensurgesetze." eine Dokumentation herausgegeben, die zum Preis von 4,90 DM beim Verlag Neue Welt (Köln) bestellt werden kann.

Die Dokumentation enthält neben zahlreichen Protestresolutionen aus dem In- und Ausland ein juristisches Gutachten „Zur Frage des Staatsschutzes in Deutschland. Unter besonderer Berücksichtigung des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 16. 1. 1976" von Rechtsanwalt G. Flint. In diesem Rechtsgutachten wird einerseits nachgewiesen, daß das 14. Strafrechtsänderungsgesetz in der Tradition der Staatsschutzgesetzgebung der Kaiserzeit, der Weimarer Republik und des KPD-Verbots steht. Zweitens werden anhand von Beispielen aus der Zeit vor und nach dem 2. Weltkrieg und der gegenwärtigen Rechtssprechung die möglichen und wahrscheinlichen Auswirkungen der 14. Strafrechtsänderung, die weitgehende Beschneidung der Freiheit der politischen Propaganda und der fortschrittlichen Kunst und Literatur gezeigt.

Die Dokumentation enthält ferner eine Gegenüberstellung der 14. Strafrechtsänderung zum bislang geltenden Gesetz. Weitere Dokumente zur Staatsschutzgesetzgebung sind im Anhang abgedruckt. Zum Verständnis der reaktionären historischen Tradition der 14. Strafrechtsänderung besonders interessant ein Auszug aus dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom 22. Oktober 1878, das „Gesetz zum Schutz der Republik" vom 21. Juli 1922 und seine Abänderung vom 31. März 1926. Aufschlußreich auch eine Gegenüberstellung von Hitlers „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Begründung der Berufsverbote im Öffentlichen Dienst vom Mai/Juni 1975. Der Anhang der Dokumentation enthält weitere aktuelle Gesetzentwürfe zur politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik und in Westberlin.

Die von der Initiative gegen die 14. Strafrechtsänderung vorgelegte Dokumentation ist ein wichtiges Hilfsmittel im Kampf gegen die zunehmende Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

◯ für 1 Jahr ◯ für 1/2 Jahr ◯ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

◯ jährlich DM 30,-- ◯ halbjährlich DM 15,-- ◯ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911

Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

◯ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ◯
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69. Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr. Tel.: 0221 / 85 41 24.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

— ANZEIGE —



Langspielplatte
Preis 20,— DM
Zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11,
Postfach 11 1649